MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Westfälische Tageszeitung

Der Westfale

Hauptgeschäftsstelle, Schriftleitung und Druckerei: Bispinghof 12a. Fernruf 105 und 1426. Drahtanschrift: Tageszeitung, Münsterwestf. Berliner Schriftleitung: Berlin S.W. 61, Blücherstraße 7 II, Fernruf: Moritzplatz 4147.

Westfälische Handelszeitung. Einzelnummer 25 Pf.

Monats-Bezugspreis: Durch Boten frei in Haus gebracht oder durch die Post Mk. 5.—. — **Anzeigenpreis:** Ein Millimeter Höhe einspaltig im örtlichen Verkehr 40 Pfg., Bank-, behördliche und auswärtige Anzeigen 50 Pfg., Reklamen 250 Pfg. — Bei Platzvorschrift 10 Prozent Aufschlag. — Bei Konkursen oder gerichtlicher Eintreibung fällt Rabatt fort. — Erfüllungsort Münster i. W.

Nr. 75 Münster i. W. Donnerstag, den 17. März Jahrgang 1921

Die Zollgrenze am Rhein

Die in Aussicht genommenen Tarife

Die neuen Zollmaßnahmen im Rheinland sollen, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet, heute in Kraft treten. Es sollen 150 alliierte Zollstationen errichtet werden. Die Ausfuhr aus dem Rheinland soll nur einem geringen Zoll unterworfen werden, dagegen sollen die aus Deutschland in das Rheinland eingeführten Waren dem deutschen Zolltarif unterliegen, der in drei Staffeln zur Anwendung gebracht werden soll. Zunächst sollen 25 v. H., später 50 v. H. und nach Ablauf einiger Monate 100 v. H. der deutschen Zollsätze erhoben werden. Durch dieses allmähliche Vorgehen soll angeblich nach Möglichkeit eine Schädigung des rheinischen Wirtschaftslebens vermieden werden.

Diese zarte Rücksichtnahme ist natürlich ein Bluff! Auch der „mäßige" Zoll, der „zunächst" in Anwendung kommen soll, wird für die Lebensverhältnisse im besetzten Gebiet und vor allem für die auf Zufuhr von Rohstoffen aus dem unbesetzten Deutschland angewiesenen Industrie außerordentlich hemmend wirken. Die Konkurrenzfähigkeit der letzteren die an sich schon immer mehr in Frage gestellt ist, wird dadurch aufs neue stark beeinträchtigt und erschwert. In Erkenntnis dieser Tatsachen, die von weittragenden Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben der Provinz begleitet sein wird, hat die Zentrumsfraktion der Landesversammlung folgende Anfrage eingebracht:

„Infolge der wirtschaftlichen Abschnürung durch Errichtung einer Zollgrenze am Rhein werden Industrie, Handel und Gewerbe im besetzten Gebiet, die für ihre Rohstoffversorgung und Absatzmöglichkeiten fast ausschließlich auf das unbesetzte Deutschland angewiesen sind, in ihrer Existenz bedroht. Insbesondere ist durch Lahmlegung oder Einschränkung vieler industrieller Betriebe eine große Arbeitslosigkeit zu befürchten.

Hat sich das Staatsministerium schon mit diesen unvermeidlichen Folgen der Sanktionen beschäftigt und ist es bereit,

1. auf die Reichsregierung einzuwirken, damit von Reichs wegen alle Vorkehrungen getroffen werden,
2. welche Maßnahmen gedenkt das preußische Staatsministerium selbst zu ergreifen, um die katastrophalen Folgen der wirtschaftlichen Abschnürung der preußischen Gebietsteile am Rhein nach Möglichkeit zu mildern?

ik. **Von der holländischen Grenze,** 15. März.

Die Grenzwachen an der deutsch-holländischen Grenze im besetzten Gebiet sind jetzt von französischen Truppen übernommen worden. Die Paßkontrolle wird scharf gehandhabt. Da sich bisher viele Deutsche nach Holland zum Einkauf von Lebensmitteln begaben, ohne belästigt zu werden, so bemächtigte sich der Bevölkerung eine gewisse Unruhe, daß diese Grenzüberschreitungen jetzt nicht mehr erlaubt werden. Ganze Karawanen zogen daher am Tage nach der Besetzung noch über die Grenze, um sich für längere Zeit einzudecken mit den notwendigen Lebensmitteln. Auch von holländischer Seite wird berichtet, daß die französischen Grenzwachen strikteſten Befehl haben, sehr streng aufzutreten. Der Grenzverkehr dürfte daher bald ganz eingestellt werden.

Der Rahmen der Neubesetzung

Dem „Temps" zufolge hat der in Düsseldorf kommandierende General Gaucher folgendes erklärt: Außer Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort haben wir noch einige andere Orte, nämlich Meiderich und Hamborn aus strategischen Gründen besetzen müssen. Unser Vormarsch ist südlich Ratingen auf dem rechten Rheinufer gegangen und weiter nördlich bis zum Bahnhof westlich Oberhausen. Wir halten somit die Eisenbahnlinie zwischen Düsseldorf und Duisburg, sowie das zwischen dieser Bahnstrecke und dem Rhein gelegene Gebiet besetzt.

Tendenziöse Stimmungsmache im besetzten Gebiet

Berlin, 16. März. (Eig. Drahtber.)

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt, daß die französische Propaganda in Düsseldorf die Nachricht verbreitet, auf den Stinnes gehörenden Werken in Duisburg und Ruhrort ständen größere Arbeiterentlassungen bevor. Diese Nachricht ist frei erfunden und stellt ein schamloses Tendenz-Machwerk der Franzosen dar. Die Franzosen versuchen auf diese Weise die zweifellos aus den Gewaltmaßnahmen sich ergebenden Schwierigkeiten hinsichtlich der Arbeitsbewegung und Arbeitslosigkeit auf das Konto der deutschen Unternehmer zu schieben, und so die deutsche Arbeiterschaft gegen das deutsche Unternehmertum aufzuhetzen.

Gleichzeitig wird auch gemeldet, daß in Düsseldorf für die arbeitende Bevölkerung Volksküchen errichtet werden sollen. Auch auf diesen Punkt sollten wir ein scharfes Augenmerk lenken, denn die Absichten der Entente bei der Durchführung solcher „Wohlfahrtseinrichtungen" sind denn doch sehr durchsichtig.

Wenn der Entente am Wohl der Arbeiterschaft gelegen wäre, dann hätte sie die Gewaltmaßnahmen, die ja vor allen Dingen die Arbeiterschaft treffen und mit ihr die gesamte Wirtschaft unterlassen sollen.

Die Wiederaufbaufrage

hnb. **Amsterdam,** 16. März.

Hier fand gestern eine Versammlung des Bureaus des internationalen Gewerkschaftsbundes statt, die u. a. von den zwei deutschen Delegierten Graßmann vom allgemeinen Gewerkschaftsbund und dem Bergarbeiterführer Hué besucht war. Die deutschen Delegierten teilten in einer Presseunterredung mit, daß sie in dieser Versammlung bei der Besprechung über den Verlauf der Londoner Konferenz eine Erklärung über den Wiederaufbau Nordfrankreichs abgegeben haben, in der hauptsächlich betont wurde, daß Deutschland alles Mögliche tun müsse, um den Wiederaufbau dieses zerstörten Gebietes zu beschleunigen. Die deutschen Baufacharbeiter seien bereits mit ihren französischen Kollegen zur Uebereinstimmung gekommen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs, doch werde dieser Wiederaufbau jetzt durch das Auftreten der Entente bedauerlicherweise verhindert. Binnen kurzem werde in Holland eine Konferenz sämtlicher an den internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Zentralen abgehalten werden.

Der deutsche Protest gegen die „Sanktionen"

Die Note an den Völkerbund

Berlin, 1. März.

Der Protest der deutschen Regierung beim Völkerbund gegen die „Sanktionen" lautet:

Auf Grund des Beschlusses der vier alliierten Mächte und Belgiens überschritten belgische, britische und französische Truppen die Grenzen des Gebietes, dessen Okkupation der Vertrag von Versailles gestattet und besetzten die deutschen Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Die alliierten Regierungen kündigten ferner an, daß sie von allen Zahlungen, die ihre Staatsangehörigen für deutsche Waren schulden, einen bestimmten Betrag einbehalten werden. Endlich wollen sie im besetzten Rheinland eine eigene Zollordnung einführen. Dieses Vorgehen der Alliierten

verstößt gegen den Vertrag von Versailles.

Die Alliierten berufen sich darauf, daß Deutschland gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages über die „Kriegsbeschuldigten", über die Entwaffnung und über die erste Zahlung von 20 Milliarden verletzt habe. Sie bezeichnen ihre Maßnahmen als „Sanktionen", wozu nur die Bestimmungen des Vertrages das Recht geben. Welche Bestimmungen dies sind, sagen sie nicht. Es können nur folgende drei in Betracht kommen: 1. § 18 Anlage 2 zum Teil 8, 2. der Schlußsatz des Artikels 429 und 3. Artikel 430. Zunächst gestattet keine dieser Bestimmungen, deutschen Boden innerhalb des Gebietes östlich des Rheins und der Brückenköpfe neu zu besetzen. Nach Artikel 429 darf nur die Zurückziehung der Okkupationstruppen aus den besetzten Gebieten hinausgeschoben werden, wenn die Alliierten und Assoziierten bei Ablauf der Besetzungsfrist ihre Sicherheiten gegenüber Deutschland nicht als hinreichend betrachten. Nach Artikel 430 kann das geräumte Gebiet wieder besetzt werden, wenn sich Deutschland weigert, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Aus § 18 kann das Recht der Besetzung deutschen Gebietes überhaupt nicht hergeleitet werden. Dort ist die Rede von wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßregeln, überhaupt von solchen Maßnahmen, die die alliierten und assoziierten Regierungen nach den Umständen für geboten erachten. Die Besetzung ist die schärfste Maßnahme, die zur Sicherung der Erfüllung des Friedensvertrages denkbar ist. Sie ist deshalb ein besonderer Teil des Friedensvertrages und im Teil 14 der erwähnten Artikel 429 und 430 enthalten. Sie ist eingehend und zwar gerade auch für den Fall der Verletzung der Reparationsverpflichtungen geregelt. Es wäre widersinnig, anzunehmen, daß die im Schluß des Artikels aufgenommene Wendung, die noch über die Bestimmungen des Teiles 14 hinausgehenden Gebietsbesetzung rechtfertigen sollte, vielmehr kann es sich dabei nur um wirtschaftliche Maßnahmen handeln. Auch solche wirtschaftliche Maßnahmen können aber nach Artikel 18 nur wegen Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen verhängt werden. Das britische Schatzamt erkannte dieses in der Abschrift des einliegenden Schreibens am 6. Januar ausdrücklich an. Auf Verstöße gegen die Bestimmungen über die „Kriegsbeschuldigten" oder die Entwaffnung ist die Bestimmung also nicht anwendbar.

Ein Verstoß gegen die Reparationsverpflichtungen liegt nicht vor.

Der Termin, an dem nach Artikel 235 ein Betrag von zwanzig Milliarden in bar oder Sachleistungen an die Alliierten abgeführt werden soll, trat noch nicht ein. Nach deutscher Schätzung erreichten überdies die deutschen Sachleistungen schon den vorhergehenden Betrag. Nur bei vorsätzlicher Vertragsverletzung könnte hiervon die Rede sein.

Die als zweite „Sanktion" angekündigte teilweise Beschlagnahme des Kaufpreises deutscher Waren würde schließlich der ausdrücklichen Zusicherung widersprechen, die die belgische und britische Regierung wegen des Verzichtes auf die Anwendung des Paragraphen 18 gegeben haben. Die Erklärungen der beiden Regierungen sind beigefügt. Einen entsprechenden Beschluß hat auch die italienische Regierung gefaßt, wie der deutsche Botschafter in Rom amtlich mitgeteilt hat. Diese Maßnahmen würden also weder in Belgien oder Italien, noch, soweit es sich um Bankguthaben handelt, in dem Vereinigten Königreich zulässig sein.

Was die dritte „Sanktion" betrifft, so ist die Einführung einer eigenen Zollgrenze in den Rheinlanden schon deshalb als Strafmaßnahme nicht anwendbar, weil der Artikel 270 des Friedensvertrages sie davon abhängig macht, daß es die wirtschaftlichen Interessen der Rheinlandbevölkerung für erforderlich erachten lassen, wie es der Ministerpräsident von Frankreich am 4. Februar in der Kammer anerkannte, daß es sich hier um eine über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinausgehende Maßnahme handeln würde. Hinzu kommt, daß sich die Alliierten bei Anwendung der „Sanktionen" darauf beschränken wollen, sie bei angeblicher Verletzung der Vertragsbestimmungen durchzusetzen. Die Alliierten erklärten, daß sie zu Gewaltanwendungen schritten, weil sie den Eindruck gewannen, daß Deutschland sich den im Vertrage übernommenen Reparationsverpflichtungen böswillig entziehen wolle. Sie beabsichtigen, mit Zwangsmaßnahmen Deutschland ihren Vorschlägen hinsichtlich der Erfüllung der Reparationspläne gefügig zu machen. Diese Vorschläge sehen eine vom Vertrag abweichende Regelung der Frage vor. Eine Verpflichtung zur Annahme der Vorschläge besteht also nicht. Die deutsche Regierung gab aber auch durch ihr Verhalten keinen Anlaß zu der Annahme, daß sie böswillige Absichten verfolge. Die Alliierten sprechen davon, daß sie sich bei ihrem Vorgehen durch die Sorge um den Weltfrieden leiten ließen. Dieses Vorgehen ist aber selbst

eine unverantwortliche Störung des Friedens.

Bei Errichtung des Völkerbundes, der die Beziehungen der Völker auf Gerechtigkeit und Ehre gründete, hatten die Bundesmitglieder die Aufrechterhaltung des Friedens als oberstes Ziel im Auge. Die Völkerbundakten enthalten gemäß Artikel 17 für den Fall von Streitigkeiten zwischen Bundesmitgliedern und solchen, die dem Bund nicht angehören, bestimmte Vorschriften, die die Zuflucht zur Gewalt so lange verhindern sollen, als nicht alle Mittel zur friedlichen Lösung erschöpft sind. Die deutsche Regierung hat die Völkerbundakten mit unterzeichnet und richtet daher an den Völkerbundsrat das Ersuchen, die ihm obliegenden Schritte zur Einleitung des im Pakte vorgesehenen Schlichtungsverfahrens zu tun und dafür zu sorgen, daß die von den Alliierten angewandten

Zwangsmaßnahmen sofort aufgehoben werden.

Das Verfahren wird ergeben, daß Deutschland, vom ernsten Wollen beseelt, dem Friedensvertrage nachzukommen, keinen Anlaß zu Friedensstörungen gab.

Französische Absichten im Rheinland

Paris, 15. März.

Das „Echo de Paris", das Organ Pertinax', ergeht sich gestern in einer Betrachtung über die Zukunft des französischen Handels im Rheinland, nachdem es durch die neue Zollgrenze vom übrigen Deutschland abgesperrt ist. Das Blatt erklärt: Wir können nach der Zollabschließung des Rheinlandes Reis, Eisen, Kali, Weine und Liköre französischen Ursprungs in dieses reiche Land liefern. Die Zollabsperrung ermöglicht uns anderseits uns gegen die Ueberschwemmung mit deutschen Produkten zu schützen. Es ist ein Distrikt mit neun Millionen Einwohnern, der zeitweise unseren handelswirtschaftlichen und kolonialen Zollgebieten angeschlossen werden kann, und der sich, wenn er ins Auge springenden Vorteil dabei findet, von den verabscheuten Preußen lostrennen wird. Von den verschiedenen möglichen Lösungen der durch die Anwendung der Sanktionen entstandenen Lage ist die unwahrscheinlichste die, daß Deutschland nachgeben und zahlen wird. Die wahrscheinlichste ist, daß Deutschland uns immer weniger Kohlen liefert und stets mehr den Friedensvertrag verletzen wird. Sollen wir nun die in den riesigen Ruhrhäfen aufgestapelten Kohlenvorräte beschlagnahmen? Nach vier Tagen wären die Stapellager leer und die Zufuhren würden aufhören. Das Ruhrgebiet würde nur noch an Preußen liefern und Süddeutschland würde Frankreich verwünschen. Auch eine Rheinblockade würde Deutschland nicht zum Zahlen nötigen. Um unsere Schuld bezahlt zu erhalten, müssen wir weiter gehen und uns im Reinlande einrichten, die Steuern dort erheben, die Produktion kontrollieren und die Bevölkerung emanzipieren, die Ruhrkohlengruben beschlagnahmen und selbst die dort produzierten Kohlen verkaufen. Nur dann wird Deutschland alles bezahlen, was wir verlangen. So schreibt Charles Bonneson im „Echo de Paris" und erklärt damit die allgemeine Ueberzeugung der französischen Offiziere und Handelskreise im besetzten Gebiet.

Die Vereinigten Staaten und die „Sanktionen"

Wie der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post" meldet, treten Persönlichkeiten, die im Geschäftsleben Neuyorks eine hervorragende Rolle spielen, nachdrücklich für eine Intervention der Vereinigten Staaten in dem Streitfall zwischen Deutschland und den Alliierten ein. Wenn Deutschland in seinem Widerstand verharrt, so ist es, wie der Korrespondent behauptet, nicht unwahrscheinlich, daß man Harding bitten wird, seine freundschaftlichen Dienste als Schiedsrichter anzubieten. Die amerikanischen Geschäftsleute haben zwar wenig Interesse für die politischen Angelegenheiten Europas, aber sie sind stark interessiert an einem gesunden Geschäftsgang in Europa, und sie berufen sich bei ihrer Anregung darauf, daß die gegenwärtige amerikanische Verwaltung eine „business administration" sei und versprochen habe, bessere Bedingungen für den Geschäftsverkehr zu schaffen. Man hat in Amerika allmählich die Wichtigkeit des auswärtigen Marktes erkannt und sucht heute Absatzgebiete, und zwar nicht nur für Rohstoffe, sondern auch für Fertigfabrikate. Die Wahl Hardings ließ einen schnellen Friedensschluß mit Deutschland erhoffen und von dem Friedensschluß mit Deutschland erwartete man eine Besserung des Geschäfts. Die handeltreibenden Kreise sind daher durch die von den Alliierten eingeleitete Politik der Sanktionen sehr beunruhigt. Der Korrespondent fügt hinzu, daß seiner Ansicht nach Harding den Vorschlag, zu intervenieren oder den Schiedsrichter zu spielen, nicht günstig aufnehmen werde, da dies mit seinen Gedanken nicht übereinstimme und dem Widerspruch der führenden Männer seiner Partei begegnen würde.

wtb. **Paris,** 16. März.

Nach einer Privatmeldung des „Petit Parisien" veröffentlicht „Exchange Telegraph" eine Neuyorker Depesche, England werde wie Frankreich, wie man in Washington sagt, eine Sondermission zur Begrüßung des Präsidenten Harding entsenden. Als mögliche Führer der Delegation nennt man Winston Churchill und Asquith.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

London-Debatte der Pariser Kammer

* **Paris, 15. März.**

In der heutigen Kammersitzung wurde sofort in die Diskussion der Interpellationen über die Ergebnisse der Londoner Konferenz eingetreten. Briand erklärte jedoch, daß die Regierung erst am Donnerstag ihre Erklärungen abgeben werde. Als erster Interpellant fragte

Abg. Henessy: Sollen die Sanktionen augenblickliches Zwangsmittel oder dauerndes Pfand sein. Er bemängelte die 50prozentige Abgabe vom Verkaufswert der deutschen Erzeugnisse in alliierten Ländern. Es sei nicht sicher, ob Italien, Belgien und Japan die gleichen Maßnahmen verfügten. Anstatt der deutschen Anstrengungen, an die Alliierten zu liefern, werde es seinen Handel nach Rußland leiten. Deutschland könne in Rohstoffen und durch seine Arbeit zahlen.

Briand erklärte: In London hat Minister Dr. Simons einen derartigen Vorschlag gemacht, aber nur sehr unbestimmt. Wenn die französische Regierung ihn angehört hätte, so hätte sich daran eine Diskussion geknüpft, die vielleicht jetzt noch nicht beendet sein könnte.

Henessy bemerkte, Frankreich und die Alliierten hätten doch Wünsche über die Art der Bezahlung formulieren können.

Abg. Crespel, unterstützt von drei anderen Abgeordneten aus den Norddepartements, warf dazwischen, in den verwüsteten Gebieten sei alle Welt der Verwendung deutscher Arbeiter feindlich gesinnt. Die Zustimmung zu dieser Maßnahme komme nur von der äußersten Linken.

Henessy sagte zum Schluß: Wenn die Alliierten die Zahlungen in Natura ablehnen, so werde der französische Schatz darunter leiden. Deutschland kann sein Geld darauf verwenden, seine Industrie zu entwickeln, Frankreich aber muß es nur für seinen Wiederaufbau verwenden.

Der kommunistische Abgeordnete **Marcel Cachin** protestierte gegen die Beibehaltung französischer Streitkräfte in Cilizien und Syrien, erwartet die Intervention Poincares zugunsten der Araber und sagte, wenn Deutschland noch nicht entwaffnet sei, so sei dies die Schuld der herrschenden Klassen in Deutschland und Frankreich. (Großer Lärm. Die Abgeordneten der Rechten und der Mitte begleiten die Ausführungen des Redners mit ironischem Lächeln). Cachin sagt schließlich, er weigere sich der Regierung in ihren militärischen Unternehmungen zu folgen.

Abg. Dutreil (von der Partei Arago) sagte: Die Entwaffnung Deutschlands sei der Hauptpunkt, denn der Wille zum Frieden herrsche weder beim deutschen Volke noch bei den Regierenden in Deutschland. Die Tätigkeit der interalliierten Kontrollkommission müsse verlängert werden. Deutschland verletze den Friedensvertrag. Eine Abänderung des Vertrages von Versailles wäre um so notwendiger, als die im Vertrage vorgesehene englische und amerikanische Zusammenarbeit nicht bestehe.

Abg. Auriol (rechtsstehender Sozialist) bemerkte: Die Grundsätze der Reparation seien gerecht und mäßig, was gewisse Elemente in Deutschland auch anerkannten, aber sobald dieser Grundsatz in die Tat umgesetzt werde, entständen Schwierigkeiten. Man könne der Regierung nicht zum Vorwurf machen, daß sie offiziöse Besprechungen unternommen hätte, um den Bruch zu vermeiden, man müsse aber die Berichte der Sachverständigen kennen lernen. Er begreife, daß Deutschland das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien abwarten wolle, wenn es sich benge, kehre man wieder zu dem Abkommen von Paris zurück. Auf alle Fälle beginnt der bewaffnete Friede mit den Gewaltstreichen angesichts der Passivität wieder.

Düsseldorf ist ein Ausgangspunkt, aber wo ist das Ende?

Etwa im Ruhrgebiet? Wenn die Zwangsmaßnahmen nicht ein Einschüchterungsmittel, sondern ein Mittel sein sollen, um Zahlung zu erlangen, was wird ihr Ergebnis sein? Wie wird die Abgabe von den deutschen Lieferungen verteilt werden? Soll jeder Staat die Steuern behalten, die er einkassiert, oder sollen die Beträge der Reparationskommission überwiesen werden, um nach der bekannten Skala verteilt zu werden?

Briand rief dazwischen, er werde im einzelnen darauf antworten.

Abg. Auriol fuhr dann fort, das englische Gesetz über diese Maßnahmen sei einfach zum Schutze des englischen Handels bestimmt, damit deutsche Erzeugnisse nicht nach England kommen könnten. Wenn eine Zollinie am Rhein entlang aufgeführt werde, dann würden die Rohmaterialien und die Fertigfabrikate doppelt mit Zoll belegt. Wenn man die Rheinlande schone, dann würde man nur Ergebnisse erzielen, die nichts einbrächten. Man würde aber Berlin eine Handhabe geben, um mit Stetigkeit gegen die Verbündeten zu protestieren, und wer solle schließlich die Kosten für das Besatzungsheer und die Zollbeamten bezahlen? Würden nicht von den 150 Millionen Goldmark, die die deutschen Zolleinnahmen einbringen sollen, viel durch die Kosten verloren werden? Schon jetzt würden die Besatzungskosten seit dem Waffenstillstand auf 1½ Milliarden Papierfrank geschätzt. Man habe in dem Reparationsproblem nicht nur ein finanzielles Moment, sondern auch ein wirtschaftliches zu suchen. Wenn Frankreich sich in Fertigfabrikaten bezahlen lasse, dann werde es einen Handel ruinieren und die deutsche Konkurrenz stärken. Der Vorschlag Henessys würde die Arbeitslosigkeit verschärfen und kein Geld einbringen. Man müsse

ein internationales Wiederaufbauangebot

machen, an dem die Geschädigten die Unternehmer und die Arbeiter sich beteiligten. Das Betriebskapital für dieses Unternehmen müsse durch eine internationale Anleihe unter Mitarbeit von Amerika aufgebracht werden, dann könne Deutschland nicht mehr über seine Zahlungsunfähigkeit klagen. Ein solches Unternehmen sei schwer in die Tat umzusetzen, aber es sei würdig in Anbetracht des richtigen Wiederaufbauplanes.

Nach dem Abg Auriol sprach **Abg. Durafour** (radikaler Sozialist), der Aufklärungen über die Kompromißverhandlungen wünschte. Nach seiner Rede wurde die Debatte auf Mittwoch Mittag vertagt.

* * *

Eine deutsche Protestnote?

Nach einem Bericht des „New York Herald" aus London soll die deutsche Regierung wegen der polnischen Machenschaften und Einschüchterungsversuche in Oberschlesien eine Protestnote an die englische Regierung gerichtet haben.

Talaat Pascha †

* **Berlin, 15. März.** (Eig. Drahtber.)

Heute vormittag ist der frühere türkische Minister Talaat Pascha in seiner Wohnung in der Hardenbergstraße in Charlottenburg von einem Armenier ermordet worden.

*

Vor ganz kurzer Zeit war ich noch bei ihm, dem früher Allgewaltigen der Türkei, der heute in Berlin eines grausigen Todes starb.

„Ali Saly Bey", so nannte sich der von der Entente zum Tode verurteilte Talaat Pascha. Hier in Berlin bewohnte er bei einem Freunde in der Hardenbergerstraße einige bescheidene Zimmer. Sein Leben war so einfach wie möglich. Die wenigen Getreuen, die ihm nach dem Unglück, das über die Türkei und über ihn selbst hereingebrochen war, noch ab und zu besuchten, bekamen den entschiedenen Eindruck, daß Talaat Pascha unter den veränderten politischen Verhältnissen außerordentlich litt. Seine ganze Hoffnung war auf Kemal Pascha gesetzt, dessen Erfolge in Anatolien er mit leidenschaftlichem Interesse verfolgte. Wenn man in seinem braunmöblierten Arbeitszimmer eine Tasse Mokka mit ihm schlürfte, liebte er, von den früheren Glanzzeiten der Türkei zu erzählen und von seinen Unterhaltungen mit dem deutschen Kaiser zu sprechen, und ab und zu einen Lichtblick für sein Land fallen zu lassen. Zu den türkischen Mohammedanern hatte er ein unerschütterliches Vertrauen. Nie konnte er es genug betonen, daß die dem türkischen Mohammedaner innewohnende Freiheitsliebe und Treue zum Kalifat auf die Dauer den Sieg über die Raubgelüste Englands und Frankreichs davontragen werde. In diesem Glauben ist er gestorben. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für sein armes Vaterland hat ihn bis zum letzten Tage nicht verlassen. Es tat Talaat Pascha außerordentlich wohl, wenn er sah, daß seine früheren deutschen Freunde hier in Berlin ihn nicht vergaßen und kamen, ihm die Hand zu drücken.

Zum ersten Male sah ich ihn im Oktober 1916 im Hotel Adlon, wo eine glänzende Dienerschaft und Offiziere in ordensgeschmückter Uniform seiner warteten und seine Leibgarde stellten. Damals der allgewaltige Freund des deutschen Kaisers, die Hoffnung der Türken und 300 Millionen Mohammedaner. Als Privatmann, als Geächteter, Geflüchteter, zum Tode Verurteilter, in schlichter bürgerlicher Kleidung hat ihn nun der Tod ereilt.

Einer der treuesten Freunde des Ermordeten, Exzellenz Emir Schekib Arslan, der Fürst von Damaskus, ebenfalls von der Entente geächtet und vertrieben wie Talaat Pascha, teilt uns auf Befragen folgendes mit:

„Zunächst einmal ist die Frau des Großveziers eine junge, außerordentlich hübsche Türkin, nicht verletzt. Die Arme ist unter dem furchtbaren Unglück vollkommen zusammengebrochen und fällt von einer Ohnmacht in die andere. Sie hat bis zur Stunde, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht die Leiche ihres Gatten zu sehen vermocht. Geradezu empörend ist es, wenn nun einige Berliner Abendblätter aus purer Sensationslust die furchtbare Tat auf Eifersucht zurückführen. Diese Erklärung der Mordtat ruft im hiesigen Orientalischen Klub die größte Bestürzung und vollberechtigte Entrüstung hervor. Talaat Pascha wurde von einem Armenier ermordet, weil der Ausgang der Londoner Konferenz für Armenien nicht günstig gewesen ist, und weil die Waffenerfolge Kemal Paschas die armenischen Großmachtsträume wohl endgültig vernichtet haben."

Exzellenz Emir Schekib Arslan bestreitet auf das Allerentschiedenste, das Andenken des Verstorbenen dadurch zu verdunkeln, daß man die Mordtat auf eine Frauenaffäre zurückführt. Wir komen diesem Wunsch umso lieber nach, als wir selbst davon überzeugt sind, daß das nicht der Fall ist. In mehreren Unterhaltungen hat sich Talaat Pascha mir persönlich gegenüber dahin geäußert, daß er wohl eines schönen Tages einem politischen Morde zum Opfer fallen würde. Er hat sehr schwer darunter gelitten, daß ein Teil der Linkspresse ihn dauernd für die armenischen Greuel verantwortlich machte. Was gegen die Armenier unternommen worden ist, mußte unternommen werden, weil die Armenier selbst zu den furchtbaren Greueltaten schritten. Und an den Orient ist ein anderer Maßstab zu legen, als an den Okzident. Die Rache Armeniens hat ihn nun getroffen.

Talaat Pascha wurde in Adrianopel im Jahre 1874 geboren. Sein Aufstieg zum Großvezier ist allerdings ziemlich dunkel, und er selbst sprach nie darüber. Er ging auch allen diesbezüglichen Anspielungen geflissentlich aus dem Wege. Durch die Uebermittlung eines Telephongespräches an die führenden jungtürkischen Kreise in Saloniki verhinderte er im letzten Augenblick, daß die vor dem Ausbruch stehende jungtürkische Revolution von der Regierung unterdrückt wurde. Damit war sein Aufstieg gegeben. Er trat in die jungtürkische Partei ein, wurde Abgeordneter von Adrianopel, dann Innenminister und erreichte schließlich die höchste Würde, die man in der Türkei überhaupt erreichen kann, nämlich die Würde des Großveziers. Wenn Enver Pascha das Schwert der jungen Türkei war, so war Talaat Pascha ihr Staatsmann und ihr Diplomat. Es lag in seiner Natur, mehr hinter den Kulissen zu arbeiten als vor ihnen, und über seine Tätigkeit als Mitglied des Komitees für Einheit und Fortschritt wird vielleicht später noch einmal zu sprechen sein. Talaat Pascha war aus politischer Ueberzeugung ein großer Freund Deutschlands und hat es mehrere Male mit warmem Ton ausgesprochen, daß es ihm der größte Trost in seinem Unglück sei, zum mindesten in deutscher Luft atmen zu können.

Nun liegt der große starke Körper, die Leiche eines früher Allmächtigen, im Berliner Schauhaus. Durch die ganze Türkei wird ein Schrei des Entsetzens gehen, aber Talaat Pascha wird ihn nicht mehr hören. Seine dunkeln, klugen Augen werden die Tränen nicht mehr sehen, die seine mohammedanischen treuen Freunde heute in Berlin vergießen.

August Abel.

Der gereizte Islam

* **Paris, 15. März.** (Eig. Drahtber.)

Die Regierung ersuchte Marschall Lyauthey, sich darüber zu äußern, ob französische Truppen aus Marokko für militärische Unternehmungen auf dem Kontinent abkömmlich seien. Marschall Lyauthey erklärte, daß er von den 80 000 Mann französischen Truppen, die augenblicklich in Marokko stehen, keinen Mann abgeben könne. Die Lage in Marokko lasse nicht eher eine Herabsetzung der Truppenstärke zu, bis es gelungen sei, eine die Mohammedaner befriedigende Lösung der türkischen Frage zu finden. Die marokkanische Bevölkerung stehe jetzt Frankreich noch sehr feindlich gegenüber, weil diese Macht an der Vernichtung des türkischen Reiches mitgearbeitet habe. Lyauthey wies auf die großen Nachteile hin, die die französische Orientpolitik für Frankreich heraufbeschworen habe.

Neuwahlen in Italien?

ep. **Rom, 15. März.**

Wie aus Rom gemeldet wird, erhält sich in den Wandelgängen des Parlaments hartnäckig das Gerücht, in einem Kronrat sei dem König am Samstag im Quirinal der Bericht über die Auflösung der Kammer vorgelegt worden. Giolitti habe bereits ein diesbezügliches Schriftstück mit der Unterschrift des Königs in der Tasche und brauche nur den Zeitpunkt der Neuwahlen zu bestimmen.

Wie der „Corriere della Sera" meldet, wird es dem Ministerpräsidenten leicht sein, einen Vorwand hierfür zu finden. Gemäß der Ueberlieferung braucht er nur die Neuwahlen in den befreiten Gebieten auf ganz Italien auszudehnen.

Ein Aufruf der katholischen Arbeiter Westdeutschlands

Berlin, 16. März. (Eig. Drahtber.)

Im Namen von 200 000 Mitgliedern der katholischen Arbeiter- und Knappschaftsvereine Westdeutschlands, denen die katholischen Arbeitervereine von Essen, Düsseldorf, Elberfeld, Duisburg, Hamm, Gelsenkirchen und Bochum angeschlossen sind, richten die katholischen Arbeitervereine einen längeren Aufruf an ihre Glaubensgenossen der Welt, in dem u. a. folgendes gesagt wird:

Die katholischen Arbeiter bitten und beschwören ihre Glaubensbrüder und Glaubensschwestern im Namen des Weltfriedensfürsten, sie zu hören und ihnen zu helfen, und gemeinsam mit ihnen auf eine Aenderung des Friedensvertrages hinzuwirken. Von dem Geiste dieses Vertrages, der ein Geist der äußersten Gewaltpolitik, des Hasses und des Mißtrauens ist, müssen die Völker der Erde befreit werden. Wir vertrauen auf die Macht des uns alle einigenden katholischen Glaubens, daß er uns dabei helfen werde, daß er vor allem unser deutsches Volk vor der Vernichtung bewahrt.

Wie unsere Lage ist, das möge durch einige Hinweise dargetan werden. Der Friedensvertrag nimmt uns das beste Naturgut und die notwendigsten Rohstoffe für die Industrie: die Kohle. Durch den Friedensvertrag verloren wir infolge der Abtrennung des Saargebietes 10 Prozent der Kohlenförderung, die im Frieden 191 Millionen Tonnen jährlich betrug. Das Abkommen von Spa nimmt uns ferner 24 Millionen Tonnen. Alles zusammen vermindert unsere bisherige Kohlenerzeugung um fast 28 Prozent. Sollten wir noch das oberschlesische Kohlengebiet verlieren, so verblieben nur noch 45 Prozent der früheren Erzeugung, also nicht die Hälfte.

Neben der Kohlengewinnung ist die Eisenindustrie für Deutschland der wertvollste Wirtschaftszweig. Die Eisenindustrie bezog 75 Prozent ihres Verbrauches an Erzen aus Elsaß-Lothringen, das uns jetzt genommen worden ist. Wie aber sollen wir die Arbeiter beschäftigen, wenn uns das Geld zum Bezug von Eisenerzen aus dem Ausland fehlt?

Wir wollen arbeiten, arbeiten mit allen unseren Kräften, aber wie soll es möglich sein, wenn wir nicht genügend Kohlen haben, wenn wir nicht genügend Erze haben? Unser Volk hungert, unser Volk friert, unser Volk kann sich nicht die notwendigsten Kleider beschaffen, auch keine Wäsche, keine Wolle für Säuglinge und Mütter! Unser Volk darbt wie kein anderes auf der Welt, nur das Los unserer deutschen Brüder in Oesterreich wird noch bejammernswerter sein.

Die Bayern

v. Kahr über die Einwohnerwehren.

tu. **München, 15. März.**

Ministerpräsident Dr. v. Kahr hat heute im Landtag über die Einwohnerwehren und das Entwaffnungsgesetz gesprochen. Er erklärte dabei, daß die Entwaffnungsfrage nach dem Abbruch der Verhandlungen in London und der Anwendung der Strafmaßnahmen völlig in den Hintergrund getreten sei. Bei den Londoner Verhandlungen sei zum Ausdruck gekommen, daß die Einwohnerwehrfrage gegenüber der Reparationsfrage von untergeordneter Bedeutung sei. Trotzdem erklärte die Reichsregierung, an dem Entwaffnungsdiktat von Paris festhalten zu wollen. Durch dieses Vorgehen sei die bayerische Regierung vollkommen überrascht worden. Sie hatte Grund zu der Annahme, daß nach dem Abbruch der Verhandlungen in London die Reichsregierung auf die Entwaffnungsfrage zurückkommen werde. Sie hat gegen das Vorgehen der Reichsregierung entschieden Protest erhoben. Wie nun auch der Entwurf nach der Ausschußberatung in Berlin ausfallen wird, die bayerische Regierung wird von ihrem Standpunkt nicht abgehen. Der Zeitpunkt, die Einwohnerwehr aufzulösen, und zur Entwaffnung ist noch nicht gekommen, und die Gefahren, gegen die die Einwohnerwehren geschaffen sind, dauern fort (wie aus dem obenstehenden Artikel sehr deutlich hervorgeht). Die Staatsregierung würde unverantwortlich handeln, wenn sie den Schutzdamm vorzeitig einreißen würde, den sich das Volk selbst geschaffen hat. Die bayerische Regierung sei sich darin einig mit der Mehrheit der bürgerlichen Parteien. Die Erklärung des Ministerpräsidenten, der vorweg der Behauptung entgegentrete, als ob die Einwohnerwehr eine reaktionäre Einrichtung, und die Landesleitung der Einwohnerwehren eine Nebenregierung, wurde von den bürgerlichen Parteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Einigung in Sicht.

Berlin, 15. März. (Eig. Drahtber.)

Wie wir aus Kreisen der bayrischen Volkspartei erfahren, ist mit dem Austritt der Fraktion aus der Regierungskoalition kaum noch zu rechnen. Die Verhandlungen zwischen den Bayern und der Reichsregierung sind fortgesetzt worden und es ist nach diesen Mitteilungen gelungen, eine einigende Basis zu finden. Der Ausschuß zur Beratung der Selbstschutzvorlage dürfte voraussichtlich morgen seine Beratungen aufnehmen. Man rechnet, daß er die Vorlage nach verschiedenen Richtungen ändern wird, wodurch es der bayrischen Volkspartei ermöglicht werden soll, ihren Widerstand aufzugeben. Die Vorlage wird dann voraussichtlich in den nächsten Tagen im Plenum zur Beratung kommen.

* **München, 15. März** (Eig. Drahtber.)

Im Landtage hielt heute Ministerpräsident Dr. v. Kahr bei Beratung des Etats eine größere Rede, in der er sich einleitend mit der Frage der inneren Verwaltung beschäftigte und sich hierbei mit Entschiedenheit gegen etwaige Eingriffe des Reiches in die innere Verwaltung der Länder wandte. Er betonte ferner, daß die bayerische Regierung gegen das Vorgehen der Reichsregierung entschieden Einspruch erhoben habe.

Im Freistaat Danzig

Danzig, 16. März. (Eig. Drahtber.)

Der Danziger Senatspräsident Sahm ist aus Paris zurückgekehrt, wo er wegen der Entschädigung verhandelte, die Danzig für die ihm überlassenen früheren deutschen und preußischen Gebäude bezahlen soll. Heute abend erstattete der Präsident Sahm im Hauptausschuß des Parlamentes einen Bericht über diese Verhandlungen. — Die polnische Presse meldet den bevorstehenden Rücktritt des bisherigen polnischen Generaldirektors in der freien Stadt Danzig, v. Biaskecki. Als Nachfolger werden genannt: Graf Sierakowski und der frühere Minister Madeiski.

Vierter Tag Haushalt des Innern

Deutscher Reichstag

* **Berlin, 15. März.**

Von den Deutschen in Valparaiso ist eine Kundgebung eingegangen, in der die dortigen Deutschen die Ablehnung der maßlosen Ententeforderungen billigen und erklären, treu zum Reiche zu stehen.

Der Haushaltsplan für 1921 wird dem Ausschuß überwiesen. Die Gesetzentwürfe wegen Aenderung der Zündwarensteuer, wegen Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Kohlensteuer und wegen Aenderung der Zuckersteuer, sowie der Entwurf eines Süßstoffgesetzes gehen an den Steuerausschuß.

Zur Fortberatung des Etats des Reichsministeriums des Innern erklärte Präsident Loebe, daß bis Samstag nicht nur der Etat des Reichsministeriums des Innern, sondern wenn möglich, der ganze Etat zu erledigen ist. Das sei aber nur dann möglich, wenn alle Redner sich weise beschränken, weshalb er auch jetzt schon eine Redezeit von nur 30 Minuten gelten lassen will. Die Herren von der Presse mögen es uns verzeihen, wenn sie in dieser Woche den Achtstundentag überschreiten müssen. Im April wollen wir dann mit neuer Kraft an unsere Aufgaben gehen.

Schulfragen

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Z.) bittet den Minister, die alten Kadettenanstalten den Ländern zu übergeben. Andererseits verlangt er die Schaffung einer pädagogischen Auskunftsstelle für In- und Auslandsschulen. Seine Partei stimme der Einführung des Arbeitsunterrichts in den Lehrplan zu. Die alte deutsche Turnerei dürfe nicht durch fremdländischen Sport geschädigt werden. Der Redner protestiert gegen die amtliche Bevorzugung der Stolze-Schrey-Stenographie, das Gabelsbergsche und andere Systeme seien ebenso vollwertig.

Abg. Beuermann (DVP.): Wir gehen bei der Aenderung des Reichsschulgesetzs von der Annahme aus, daß es mit der Zeit ein Reichskulturamt werden soll. Die Reform der Lehrerbildung sei die Grundlage der Einheitsschule.

Staatssekretär Schulz begrüßt den einmütigen Willen der Parteien zur Förderung der Kulturaufgaben und weist in längeren Ausführungen auf den Verlauf der Reichsschulkonferenz hin. Es wäre wünschenswert, wenn wir das Jugendwohlfahrtsgesetz noch vor der Osterpause dem Ausschuß überweisen könnten. Das Spielplatzgesetz liegt noch dem achten Ausschuß vor. Die Neuregelung des Schuljahres ist sehr eingehend beraten worden, aber sämtliche Lehrer im Reichsschulausschuß haben sich schließlich für den Frühjahrsbeginn entschieden. Wir haben wirklich nicht die Absicht, München etwas aufzuzwingen. Zu einer Protestkundgebung war kein Anlaß. Die Einleitung zur Verfassung ist gar nicht für die Kinder bestimmt, sondern die Kinder erhalten sie bei ihrem Schulaustritt.

Reichsminister des Innern **Koch** bespricht die Frage der An- oder Abmeldung zum Religionsunterricht, die Prozeßkosten und anderes und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß hier über seinen Etat so sachlich und unpolitisch gesprochen wurde.

Abg. **Fröhlich** (Komm.) greift die Regierung an, die erst den Polen Befreiung vom russischen Joch versprochen habe, um sie dann um so sicherer ausplündern zu können. Diese Regierung sei genau so hakatistisch wie die früheren. Die oberschlesische Bevölkerung glaube ihr kein Wort mehr. (Stürmische Entrüstungsrufe.) Die Zustände seien ekelerregend. (Erneuter Sturm des Unwillens.) Die Reichsregierung ist gegen die Regierung v. Kahr machtlos, sonst hätte nicht schon das auswärtige Ressort in diese innere Angelegenheit eingreifen müssen. Diese Regierung ist unfähig und unmöglich. Nieder mit dieser Regierung!

Die feindlichen Brüder.

Abg. **Ledebour** (USP.) verliest einen Brief, in dem er mit Erschießung bedroht wurde. Die Untersuchung ergab, daß innerhalb der kommunistischen Organisation eine geheime Unterorganisation (eine sogenannte Zelle) gebildet worden sei, mit dem Zweck, unliebsame Gegner zu beseitigen. (Proteste links.) Genau nach diesem Rezept sei Haase ermordet worden. (Widerspruch bei den Kommunisten. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien der äußersten Linken erwecken großes Interesse und die Abgeordneten drängen sich in Scharen um die Rednertribüne.) Redner schildert die Mißhandlungen und Bedrohungen seines Kollegen Dittmann in Hamburg, die ebenfalls auf dieses Rezept zurückzuführen seien. Die Kommunisten diskreditierten das ganze politische Leben und machten sich zum Werkzeug der Reaktion. Ich habe mein Leben wiederholt für die Revolution aufs Spiel gesetzt, trotzdem bekämpfen mich die Leute mit ihrem Haß.

Abg. **Levi** (Komm.): Es wäre die Pflicht Ledebours gewesen, die anständigen Kommunisten mit seinem Material bekannt zu machen. Wenn der Abg. Ledebour behauptet, auch der Mord an Haase sei von Kommunisten ausgeführt worden, ist er ein schamloser Verleumder. (Große Unruhe im Hause, laute Zurufe des Abg. Ledebour, Glocke des Präsidenten.) Der heutige Tag ist kein Ruhmestag im Leben Ledebours; ich sage nur zu ihm: armer Teufel.

Abg. **Adolf Hoffmann** (Komm.): Ich kenne Ledebour schon ein Menschenalter. Er hat in seiner Nervosität alles niedergerissen, was wir eben aufgebaut hatten. Was er über eine Geheimorganisation vorgetragen hat, ist Fanatismus. Wir waren alle in solcher Gefahr, von solchen Irrsinnigen erschossen zu werden. Ich habe hunderte von Drohbriefen bekommen, machte aber davon nicht solchen Gebrauch wie Ledebour. (Zuruf.) Wie kann Ledebour sagen, daß Hoffmann und Däumig von der Mörderzentrale etwas wußten. Herr Ledebour hat selbstbewußt die Pose des Märtyrers angenommen.

Abg. **Schiffer** (Dem.): Ich protestiere dagegen, daß in der jetzigen Lage des Reiches hier solche Dinge in so breiter und eigentümlicher Form vorgebracht werden. (Sehr richtig!)

Abg. **Levi** (Komm.): Es war unsere Pflicht, die Sache klar zu stellen, nachdem ein Minister auf diese sogenannte Mörderzentrale eingegangen war.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. **Dittmann** (US.) und **Ledebour** (US.) schließt diese Besprechung.

Die Entschließung der USP. auf Vorlegung des Notenwechsels mit der bayerischen Regierung über die Entwaffnungsfrage wird angenommen; desgleichen eine Anzahl weiterer Anträge, da die Linke stark besetzt ist.

Gegen die Kommunalisierungen.

Abg. **Kniest** (Dem.) begründet eine Entschließung, die sich gegen die Kommunalisierungen richtet.

Abg. **Ihmann** (Z.) fordert gleichfalls die Förderung des selbständigen Mittelstandes und bekämpft die Kommunalisierungsbestrebungen.

Um 6,15 Uhr teilt Vizepräsident **Bell** mit, daß sich für die Spezialberatung bisher 33 Redner zu Wort gemeldet haben. (Hört, hört!) Er bittet um weise Beschränkung, weil der Etat heute noch verabschiedet werden soll.

Abg. **Henke** (USP.) ersucht um Ablehnung der Entschließung Kniest. Nicht die Kommunalisierung bedrohe den Mittelstand, sondern das Großkapital.

Abg. **Hammer** (DN.) begrüßt die Entschließung Kniest und spricht die Hoffnung aus, daß eine bürgerliche Mehrheit das Kommunalisierungsgesetz in den Orkus befördern werde.

Abg. **Havermann** (DVP.): Der Kommunalisierungsgedanke wird von Jahr zu Jahr mehr zu Grabe getragen. An die Stelle der bereits vollzogenen Kommunalisierungen können gemischte Betriebe treten. Einige städtische Betriebe, die sich bewährt haben, können bestehen bleiben. Der Antrag Kniest entspricht diesem Wunsche.

Der Antrag Kniest-Schiffer wird gegen die Stimmen der Linken angenommen; desgleichen weitere Artikel und Titel.

Gegen Schmutz und Schund. — Leibesübungen

Abg. **Wulle** (Dntl.) appelliert an alle Parteien, den Kampf gegen die Schmutzliteratur gemeinsam vorzunehmen. Er protestiert insbesondere gegen die Berliner Reigen-Aufführungen. Wir müssen eine Partei der Anständigen bilden. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. **Schreiber** (Ztr.) begründet eine Entschließung, in welcher einer Denkschrift über Leibesübungen und körperliche Ertüchtigung gefordert wird.

Abg. **Dr. Löwenstein** (USP.): Man muß den Ursachen der heutigen Entschließung nachgehen, die in der kapitalistischen Raubbauordnung zu suchen sind. Viele Anträge laufen auf antisemitische Hetze hinaus.

Reichsminister Koch ist mit dem Bestreben, Schmutz und Schund von unseren Kindern fernzuhalten, einverstanden. Die Aufgabe sei aber nicht leicht, sie werde zurzeit in der Kulturabteilung des Ministeriums bearbeitet. Der gute Wille sei also vorhanden. Ein besseres Mittel dagegen als die Ertüchtigung des Körpers durch Spiel und Sport scheine es auch ihm nicht zu geben. Demnächst werde er durch eine Denkschrift dem Hause entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Die Entschließung Dr. Schreiber (Ztr.) und Genossen wegen einer Denkschrift über den Stand der körperlichen Erziehung und die zu einer planmäßigen Leibesübung getroffenen Maßnahmen wird angenommen.

Sämtliche Kapitel und Anträge, die sich auf den Religionsunterricht beziehen, werden miteinander verbunden.

Abg. Dr. Luther (D. Vp.) wendet sich gegen die Entschließung der USP. in der Frage des Religionsunterrichtes.

Abg. Frau Dr. Matz (D. Ntl.) befürwortet eine Entschließung, die Jugend in das Verständnis für den Versailler Friedensvertrag einzuführen.

Abg. **Frau Transfeld** (Ztr.) erwartet von einer zweckmäßigeren Ausgestaltung des Filmwesens einen volkserzieherischen Einfluß. Die Aussetzung von 100 000 Mark sei zu wenig.

Abg. **Dr. Schreiber** (Ztr.) begründet den Antrag, 300 000 Mark für die Beschaffung einer pädagogischen Auskunftsstelle zu bewilligen.

Um 9¼ Uhr macht Vizepräsident Dietrich darauf aufmerksam, daß noch 12 Redner anzuhören sind. Vom Zentrum ist ein Antrag eingegangen, der im Gegensatz zu dem Antrag Dr. Löwenstein nicht die Anmeldung zum Religionsunterricht vorsieht, sondern das Fernbleiben vom Religionsunterricht von einer Abmeldung abhängig macht. Die Abstimmung über den Antrag wird auf morgen vertagt.

Nachdem noch eine Reihe von Rednern vor fast leerem Hause zu Worte gekommen ist, wurde in der 11. Abendstunde die nächste Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr angesetzt.

Dunkle Machenschaften

Dem Deutschen Schnelldienst wird von einem Berliner Mitarbeiter, den die Korrespondenz als bisher stets über die Vorgänge im revolutionären Lager der Hauptstadt gut unterrichtet bezeichnet, folgende Schilderung gegeben:

Das bürgerliche Berlin wird schwerlich geahnt haben, in welcher Gemütsverfassung die Kommunisten der Reichshauptstadt in der Nacht zum Sonntag entgegengesehen haben. Jeder wußte, daß diese Nacht, die Nacht zum 13. März, dem Jahrestag des Kapp-Putsches also, dessen bereits seit einer Reihe von Tagen erwartete Wiederholung nun wirklich endlich bringen werde. Keiner aber wußte zu sagen, wer eigentlich die Richtigkeit der umlaufenden Gerüchte verbürgte, und von wem sie ausgegangen waren. Die Funktionäre jedenfalls und die eigentlichen „Bonzen" wußten nicht mehr als die anderen, nämlich, daß sie gehört hatten, es sei nicht geheuer; aber das war auch ihnen nur privatim und unverbindlich zu Ohren gekommen, und wenn es damit nicht gestimmt haben sollte: behauptet jedenfalls haben sie es! Ebensowenig war zu erfahren, wer eigentlich die Kampf- und Jugendorganisationen aufgeboten hatte; aber jedenfalls lagen diese die Nacht über gruppenweise in allerlei Verstecken, in den Hinterstuben der Kaschemmen usw. in Bereitschaft, und zwar, trotz Herrn Peters und der Entente, recht gut bewaffnet. Sie hatten angeblich nur gehört, daß die andern Gruppen ausrücken würden, und so waren sie eben auch gekommen! Gekommen, wenn auch gerade nicht vollzählig; die „Vorsichtigen" waren zu Hause geblieben, und ihre Zahl war nicht ganz gering. Namentlich fehlte eine gute Anzahl von denen, die sonst den größten Mund gehabt hatten; und zwar hatten sie auch schon die Straßenkundgebungen vom Donnerstag und den auf sie folgenden Versammlungen durch Abwesenheit geglänzt. Denn auch da hieß es bereits, daß etwas „passieren" würde.

Alles in allem: seit Mitte der vergangenen Woche herrscht im kommunistischen Lager auffallende Aufregung, und zwar im Zusammenhang mit dem angeblich jeden Augenblick zu erwartenden Rechtsputsch. Richtiger: eigentlich besteht sie schon, seit Kapp wieder in Berlin ist. Auch, daß es in der Nacht zu Sonntag und am Sonntag selbst ruhig geblieben ist, hat noch keineswegs zum Abflauen der Erregung geführt. Von Mund zu Mund wird die Parole ausgegeben, man müsse in Bereitschaft bleiben, der Rechtsputsch komme bestimmt, und zwar nach neuester Lesart noch vor dem 20. d. M., d. h. dem Termin der oberschlesischen Abstimmung. Es könne jeden Augenblick „losgehen". Die Sicherheitspolizei werde mit den Putschisten gehen. Um ihnen die Wege zu ebnen, seien in den letzten Tagen eine Menge „Arbeiter" verhaftet worden.

Verhaftungen sind in der Tat erfolgt, allerdings nur vier bis sechs, und zwar in der Falkensteiner und Britzer Straße. Die Festgenommenen wurden von der Polizei bei der Freilegung des Verstecks eingemauerter Waffen überrascht. Das Versteck enthielt auch Sprengminen. Das ist, was beglaubigt erscheint; auffällig ist, daß die Polizei über diese Verhaftungen nichts veröffentlicht hat. Was hinter dem Ganzen steckt, ist einstweilen nicht mit Sicherheit zu erkennen.

Den Jahrestag des Kapp-Unternehmens haben die Leipziger Genossen von der USP. benutzt, um für sich Reklame zu machen. Ob hier die Dinge so harmlos liegen, wie sie sich nach außen geben, läßt sich nicht feststellen. Es ist nicht klar, ob nur ein Kniff zur Anziehung neuer Massen hinter dem seitenbreiten Aufruf der „Leipziger Volkszeitung" steckt, der da lautete: „Arbeiter zur Putsch-Abwehr auf die Schanzen! Ehrhardtputsch für den 13. März angesetzt! Am Jahrestage des Kapp-Putsches. Nächtliche Besetzung Berlins geplant. Verhaftung der Arbeiterführer beabsichtigt. Flugblätter und Anschläge vorbereitet. Der Kapp-Putschist Kapitän Ehrhardt der Organisator!"

Oberschlesien

Französische Neugier

„Figaro" berichtet, daß fünf französische Parlamentarier unter Führung des Abgeordneten Louis Arin nach Oberschlesien abreisen wollten, um die Durchführung der Volksabstimmung zu beobachten. Das Blatt teilt mit, es verlaute, daß Briand ihnen die Pässe verweigert habe. Havas jedoch meldet, daß die Abreise von Dienstag auf Donnerstag verschoben worden sei.

Mord

j. **Königshütte, 16. März.**

Im Walde bei Parchowitz wurde der Hauptmann der deutschen Abstimmungspolizei Luchin erschossen. Er befand sich auf der Fahrt durch den Wald gemeinsam mit einem französischen Hauptmann und dem englischen Kontrolloffizier beim Kreiskontrolleur in Rybnik.

Helft!

* **Berlin, 15. März.**

Da die Interalliierte Kommission auf den Bahnhöfen den Helferdienst verboten hat, werden diejenigen Abstimmungsberechtigten, die nur wenig Gepäck mit sich führen, gebeten, anderen Reisenden beim Heruntertragen des Handgepäcks bis zur Bahnhofshalle, wo der Helferdienst einsetzt, namentlich Kranken, Frauen, Greisen und Kindern behilflich zu sein.

Aus dem Osten

Der Aufstand in Kronstadt

hnb. **London, 15. März.**

Laut Nachrichten aus Helsingfors soll Trotzki beschlossen haben, die Gegenrevolutionäre in Kronstadt zu blockieren, obwohl darunter die 8000 Frauen und Kinder in der Stadt viel zu leiden haben würden. Trotzki will Kronstadt nicht bombardieren, weil er das dort liegende Kriegsschiff „Petrapolowsk" nicht beschädigen möchte.

* **Paris, 14. März.**

Das Zentralkomitee der russischen Kadettenpartei, das in Paris seinen Sitz hat, erläßt einen Aufruf zur Aufmunterung der Gegenrevolutionäre. Darin wird gesagt: Die Stunde der Befreiung sei nahe, und der Mut kehre bei allen denen wieder, die bis jetzt die Schrecken der roten Herrschaft beobachtet hätten.

Der Hunger in Polen

Bezeichnend für die Ernährungslage in Polen sind eine Reihe von Verordnungen, die der neuernannte polnische Ernährungsminister erlassen hat. Es wurden laut „Vossischer Zeitung" zwei fleischlose Tage eingeführt, ferner ein Verbot des Verkaufes von Delikatessen, Schinken und Käse erlassen, eine außerordentliche Vereinfachung der Gasthausspeisekarte und ein Einheitsbrot eingeführt.

Politische Drahtungen

(Nach Schluß der Redaktion eingegangen)

50%

Berlin, 16. März.

Privatmeldungen aus London, von denen wir Kenntnis erhalten, besagen, daß die englische Regierung im Parlament anläßlich der 50-Prozent-Kompensation erklärt habe, daß keine sonstigen Kompensationen von deutschem Eigentum, insbesondere von Bankguthaben, von ihr beabsichtigt seien, und daß ihr früherer Verzicht auf die Rechte nach Paragraph 18, Artikel 2, Teil 8 des Friedensvertrages bestehen bleibe.

Paris, 16. März.

Aus der gestrigen Kammerdebatte ist noch nachzutragen, daß der Abg. Durafour hinsichtlich der 50prozentigen Exportabgabe erklärte, der Grundsatz müsse kritisiert werden. Die Neutralen und Alliierten würden nach seiner Auffassung nämlich 30 Prozent entrichten. Deutschland könne sich der Steuer dadurch entziehen, daß es im Auslande deutsche Einkaufsgenossenschaften errichtet, also gewissermaßen an sich selbst verkauft. Da die Steuer hart sei, könne Deutschland 42 Jahre lang über den wahren Wert seines Exports streiten. Diese Klausel werde also ein casus belli sein. Mittel dagegen habe man nur, wenn man eine Form finden könne, um von Deutschland jedes Jahr eine bestimmte Summe zu verlangen, die es zahlen müsse. Hierfür schlug der Abgeordnete eine Indexziffer vorauf Grund der Exportziffer Deutschlands aus den letzten 5 Jahren vor dem Kriege. In der heutigen Kammersitzung wird an erster Stelle Briand sprechen.

Der Umschwung in Amerika

Hamburg, 16. März.

Der „Korrespondent" berichtet aus Kuxhaven: Ein im Vordergrund des politischen Lebens in Amerika stehender Deutsch-Amerikaner, der nach Deutschland gekommen ist, um sich hier durch eine mehrmonatliche Rundreise über die wirkliche Lage in Deutschland ein Urteil zu bilden und dementsprechend drüben zu berichten, erzählt, wie sich ein völliger Umschwung im amerikanischen Volk zugunsten Deutschlands vollzogen habe. Selbst der verbissenste Yankee sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß man den Deutschen Unrecht getan und daß man sich von der englischen Propaganda schmählich habe belügen lassen. Sie a,e treibt ein Gefühl wieder alles in Deutschland gutzumachen. Namentlich in Bank- und Handelskreisen wisse man jetzt, daß Deutschland militärisch nicht besiegt worden sei, sondern nur durch seine so übel angebrachte Gutgläubigkeit auf die Ehrlichkeit der Wilsonschen Versprechungen. Die Hauptsache sei jetzt, daß Deutschland gegenüber allen weiteren Forderungen der Entente festbleibt, denn nichts habe seinerzeit in Amerika einen schlechteren Eindruck gemacht, als das schwächliche Zurückweichen Deutschlands bei den Versailler Friedensverhandlungen. So sehr berechtigt ja auch der Skeptizismus der Deutschen gegenüber Amerika sei, so dürfe man doch jetzt fest auf Amerika vertrauen, und er gewährte hierfür vertrauliche Einblicke in die nächsten Ziele der auswärtigen Politik Amerikas, namentlich im Hinblick auf für unabwendbar zu haltende bestimmte internationale Entwicklungen.

Preßgesetzlich verantwortlich:
für den politischen und wirtschaftspolitischen Teil der Hauptschriftleiter Heinrich Dieb; für die Rubrik „Westfälische Heimat" Peter Werland; für Anzeigen B. Grub sämtlich in Münster.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Verschiedenes.

Das münsterische Handwerk im Jahre 1920.

(Schluß.)

Die Existenzfähigkeit der Gewerbe wurde durch die überstürzte Steuergesetzgebung des Jahres 1920 außerordentlich bedroht. Die Vermögenssteuern trafen in erster Linie das zur Geschäftsführung unbedingt notwendige Betriebskapital. Der 10prozentige Lohnabzug wälzte alle Schwierigkeiten, die mit der Steuereinziehung verbunden sind, von den Staatsbehörden auf den Arbeitgeber ab. Die immer weiter ausgebauten indirekten Steuern mit ihren gleichförmig und mechanisch anzuwendenden Bestimmungen und mit ihren rohen Maßstäben gefährdeten in erhöhtem Maße die Lebensfähigkeit verschiedener Handwerkszweige. Die Steuerpolitik stellte an unsere Berufsorganisation die große Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die den Gewerbetreibenden aufzuerlegenden Steuern in ihrem Enderfolg die einzelnen Betriebsgrößen nicht durch eine ungleichmäßige Belastung so schwächten, daß die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit dadurch ausgeschaltet wird. Der Innungsausschuß hat dieserhalb mit den einzelnen Steuerbehörden wiederholt verhandelt und ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten angestrebt. — Allgemein wurde in sämtlichen Gewerben die Erfahrung gemacht, daß im Berichtsjahre in noch erhöhtem Maße als früher viele Gesellen nach ihrer achtstündigen Arbeitszeit noch selbständig ihrem Gewerbe nachgingen. Gegen diese nebenberufliche Ausführung des selbständigen Handwerks wurde im Einverständnis mit den Gewerkschaften mit allen Mitteln eingeschritten. Es hat sich herausgestellt, daß der Achtstundentag für das Handwerk nicht schematisch durchgeführt werden kann. Dies wurde auch insofern von der Regierung anerkannt, als eine Ausnahmeverfügung für die Handwerksbetriebe erlassen wurde, welche für die Landwirtschaft tätig sind. Für diese Handwerkszweige darf die tägliche Arbeitszeit vom 1. 3. bis 31. 10. des Jahres bis zu 10 Stunden ausgedehnt werden.

Eine umfangreiche Arbeit wurde durch den Innungsausschuß auf dem Gebiete der Lohnpolitik geleistet. Fast sämtliche Lohnverhandlungen wurden für die gewerblichen Arbeitgeber durch den Innungsausschuß einheitlich geführt. Mit der fortschreitenden Teuerung im Anfang des Jahres 1920 setzten sofort in allen Gewerbezweigen bis zum Frühjahr zunächst drei bis vier größere Lohnbewegungen ein. Der Sommer brachte mit dem Nachlassen der Teuerung und der schlechten Beschäftigung vieler Betriebe eine ruhigere Zeit, die erst mit dem erneuten Anziehen der Lebensmittelpreise im Herbste 1920 zu neuen Lohnerhöhungen führte. Insgesamt haben wir im örtlichen Handwerk im Berichtsjahre bis zu sieben Lohnbewegungen zu verzeichnen. Typisch ist die Lohnkurve des Baugewerbes. Es wurden den vollwertigen Maurern folgende Stundenlöhne gezahlt:

Ab	1.	1. 20	= Mk.	2.89
„	30.	1. 20	= „	3.30
„	14.	2. 20	= „	3.90
„	6.	4. 20	= „	5.15
„	16.	7. 20	= „	5.70
„	5.	11. 20	= „	6.35

Der Innungsausschuß führt eine Lohnstatistik über sämtliche angeschlossene Gewerbe, aus welcher u. a. ersichtlich ist, daß die Lohnbewegungen im Baugewerbe von fühlbarem Rückschlage auf sämtliche übrige Gewerbe waren. Zweimal im Berichtsjahre ist das örtliche Wirtschaftsleben durch einen Streik beunruhigt worden. Die Holzarbeiter streikten ab 7. 6. 20 bis 30. 7. 20, die Klempner ab 11. 12. 20 bis 6. 1. 21. Die Erfahrungen hierbei haben wieder bewiesen, daß dies schärfste wirtschaftliche Kampfmittel stets mit empfindlichen Verlusten für beide Teile verbunden ist. In letzter Zeit wurden fast sämtliche Lohnbewegungen durch den amtlichen Schlichtungsausschuß bezw. den Demobilmachungs-Kommissar beendet. Dabei ist festzustellen, daß das amtliche Schlichtungsverfahren häufig die vielgestaltigen Lebensbedingungen der Gewerbezweige nicht einwandfrei würdigen und beurteilen konnte, hauptsächlich, weil die Beisitzer des Schlichtungsausschusses nicht jeweils aus dem in Frage kommenden Fache bestanden. In den meisten Fällen wurden die Schiedssprüche des Schlichtungsausschusses daher von Arbeitgeberseite abgelehnt. Die praktische Durchführung des Schlichtungsverfahrens wurde dadurch gegenstandslos, daß die Verbindlicherklärungen des Demobilmachungskommissars von den ordentlichen Gerichten, u. a. auch vom Gewerbegericht Münster als rechtsungültig angesehen wurden. Diese Entscheidungen deckten sich mit der Rechtsauffassung, die die Arbeitgeberorganisationen in dieser Frage vertraten.

Der Innungsausschuß gründete im Berichtsjahre eine Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber-Organisationen des Baugewerbes und der Nebenberufe für das gesamte Münsterland, wodurch ein kartellmäßiges Zusammenarbeiten erreicht wurde. Die Lohnbewegungen für das Malergewerbe des Münsterlandes sind einheitliche durch den Innungsausschuß durchgeführt worden.

Der Aufklärung der Oeffentlichkeit über Handwerkerfragen wandte man im Berichtsjahre erhöhte Aufmerksamkeit zu. In einer großen Handwerkerversammlung am 21. 9. 20 im Gesellenhause zu Münster wurde über die fachliche Selbsthilfebewegung im Handwerk gesprochen und zwei Entschließungen über das uneingeschränkte Vertragsrecht und über eine großzügige Finanzwirtschaft der Innungen angenommen. Mit sonstigen örtlichen Wirtschaftsorganisationen z. B dem Verein der Kaufmannschaft ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit geleistet worden. Zwecks Wahrung gemeinsamer Interessen haben sich die Innungsausschüsse Rheinlands und Westfalens zusammengeschlossen. Der Innungsausschuß Münster hat sich im Berichtsjahre mit den verschiedensten neuen Erscheinungen in der Mittelstandsbewegung auseinander gesetzt. Dem im Jahre 1920 in Münster gegründeten Bürgerbund trat der Innungsausschuß als ordentliches Mitglied bei, dagegen wurde der Anschluß an den Westf. Landesp. Handwerkerbund, welcher die politische Interessen-Vertretung des Handwerks sich zur Aufgabe gemacht hat, abgelehnt, weil die Gefahr bestand, daß dadurch in die Innungen Parteipolitik hineingetragen wurde. Dagegen hat der Innungsausschuß seine Mitglieder besonders vor den Wahlen eindringlich darauf hingewiesen, daß es heute Berufspflicht eines jeden Handwerkers sei, sich in der Partei zu betätigen, zu welcher er sich nach seiner Lebensauffassung bekennt. Ein Beitritt zum „christlichen Mittelstand" wurde ebenfalls abgelehnt, weil man die Bestrebung dieser Organisation als eine Ueberorganisation erkannte und befürchtete, daß durch einen Beitritt die gesamte Selbsthilfebewegung des Handwerks zersplittert würde.

Die innere Verwaltungstätigkeit des Innungsausschusses hat einen weiteren größeren Umfang angenommen. Es wurden insgesamt 18195 Briefsachen bearbeitet. Der Innungsausschuß wird bemüht sein, zu seinem Teil auch weiterhin sich für die Hebung der wirtschaftlichen Lage des örtlichen Handwerks, die Rohstoffversorgung und Auftragsbeschaffung mit allen Kräften einzusetzen. Wir sind uns darüber klar, daß mit dem örtlichen Zusammenschluß allein dem Handwerk noch nicht geholfen werden kann; nur wenn eine lebendige, berufsständische Gemeinschaftsarbeit in den einzelnen Fachorganisationen herrscht, und alle Mitglieder von dem echten Standesgeiste beseelt sind, wird die Organisation das erreichen, was man von ihr erwartet. Alle Arbeiten der Organisation können die eigene tüchtige Qualitätsarbeit des einzelnen Handwerkers nicht ersetzen. Die persönliche fachliche Tätigkeit des einzelnen Handwerkers muß und wird daher auch in Zukunft der ausschlaggebende Faktor für die Entwicklung des Handwerks bilden. Wenn wir dieses Ziel im Auge behalten, ist zu erhoffen, daß durch die ernste berufsständische Gemeinschaftsarbeit auch das örtliche Handwerk zu seinem Teil an dem baldigen Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft beiträgt.

Heinrich Sasse, Münster i. W.
Wesslerstr. 59 Dach- u. Schieferdeckermeister. Telefon 1319.
Ausführung sämtlicher Dachdeckerarbeiten bei billigster Berechnung.
Lager in sämtlichen Bedachungsartikeln.

Ständig großes, anerkannt umfangreiches Lager der modernsten
Pelze und Pelzartikel
Pelzmodehaus Resi Sander
(Kein offener Laden!)
Münster i. W., Roggenmarkt 17-18
1. Etage.
Umarbeiten aller Pelze.
Gewissenhafte Materialausnutzung.
Neu aufgenommen: Pelzvorleger, bester und billigster Ersatz für Bettvorlagen
Bei Vorzeigen dieser Anzeige erhält meine werte Kundschaft von auswärts - 10 Mk. vergütet. -

Kohlen
Ueberland-Nuß- und Stückkohlen, Anthrazitkohlen und Koks in nur bester Qualität.
Kurz geschnittenes Brennholz zum Heizen, dto. fein gespaltenes zum Anmachen.
Ia. trockenen schw. Torf, zum Heizen für Küchenherde, Ofen u. Zentralheizungen p. p., guten, trockenen hellen Torf zum Anmachen und Durchheizen
liefert prompt
bei billigster Berechnung
die Firma:
H. Gourcy
Warendorferstr. 185. Telefon 230

Eilbeförderung und Lagerung von Gegenständen aller Art
Schwarze Radler
Königstraße 9 — Fernruf 1011

Große Deutsche Volkspassion - Schützenhofsaal
(Das alte Oberammergauer Passionsspiel)
Täglich abends 7½ Uhr bis 20. März, außerdem am 16., 19 und 20. März auch nachmittags 2½ Aufführungen.

Roland-Theater
Ab Dienstag nur drei Tage!
Rekord-Programm!
Berlins beliebtester Filmschauspieler
Bruno Kastner
spricht
zum 2. Teil seines Monumentalfilmwerks
Der König von Paris
Jeder, der Bruno Kastner im Film kennt, wird sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen wollen, ihn persönlich kennen zu lernen.
Dazu der große Bassermann-Film:
Der Frauenarzt
Es erübrigt sich, über den neuen Bassermann-Film ein Wort zu verlieren. Die Bassermann-Filme bilden eine Klasse für sich.
Ferner die neuesten Ereignisse aus aller Welt in der
Meßterwoche.
Beginn der Vorstellungen: 3, 5½ und 8 Uhr.
Des zu erwartenden großen Andranges wegen bitten wir unsere verehrten Gäste, möglichst schon die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Maßanfertigung
vornehmer Damen- und Herrenkleidung
H. Busshoff,
Clemensstrasse 32,
Eingang Stubengasse.

Grüne Heringe
Pfund 1.75 Mark
Heinrich Hill
Alter Steinweg.

Der tägliche Zuwachs an neuen Lesern
ist der beste Beweis für die Güte u. Reichhaltigkeit der
Westfälischen Tageszeitung
Bestellen Sie bitte für 2 Mk. bis 1. April 1921 ein Probeabonnement. Wenn Sie schon Leser sind, dann unterstützen Sie bitte unsere Bestrebungen, indem Sie anhängenden Bestellzettel einem Ihrer Bekannten zur Unterschrift aushändigen.

Bestellzettel.
Name: _____
Stand: _____
Wohnort und Straße: _____

Beamte und Kaufleute in leitenden Stellungen sowie Lehrer in allen Orten, finden dauernden, hohen
Nebenverdienst
bei angenehmer Tätigkeit.
Kapital nicht erforderlich. Keine Muster. Gefl. Offerten unter Nr. 1118 an die Hauptgeschäftsstelle d. Ztg.

Für Versand
Einige Tausend gebrauchte
Munitions-Kisten
mit Zink- und Eisen-Einsatz, breiten Außenleisten und Patent-Verschluß, lichte Weiten 51 cm lang, 40 cm breit, 33 cm hoch, preiswert abzugeben. Offerten unt. d. 996 10 an die Expedition dieses Bl

Wechselstrommotor
Fabrikat „Titan" 110 V. 1½ PS 1000 Umdrehungen, mit Anlaßapparaten, garnicht gebraucht wegen Dispositionsänderung abzugeben.
Angebote unter Nr. A 413 an die Hauptgeschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

23000 kg Ia Chromnickelstahl
in Stäben von 40, 50, 100 mm ⌀
lang 1440 1640 mm
9.— Mk. p. kg frei Waggon Siegen, genaue Analyse auf Wunsch. — Angebote etc. unter A. 421 an die Expedition dieser Zeitung.

Stadt-Theater Münster i. W.
Donnerstag, d. 17. März abends 7½ Uhr:
Grüne Stammsitzkarten.
Große Preise.
„Undine".
Romantische Zauberoper in 4 Aufzügen von Albert Lortzing.
Undine
Elfriede Schneider-Overhoff als Gast.

Ein Mädchen
für Küche und Haus sucht zum 1. April oder später
Frau Prof. Bachmann,
Münster i. W.,
Melchersstraße 52.

Putzfrau
gesucht.
Bedingungen: sauber, ehrlich, fleißig.
Näheres Geschäftsstelle, Bispinghof 12a.

Schulentlassenes junges
Mädchen
zum Anlernen in Küche und Haushalt von kath. Familie sofort gesucht.
Näh. Geschäftsstelle, Bispinghof 12a.

Junges Mädchen
findet gute, angenehme Stellung zur Beaufsichtigung von Kindern und Anlernung in allen häuslichen Arbeiten in kath. Familie.
Off. unter A. S. 1632 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Köchin und Hausmädchen
für sofort oder später gesucht.
Frau Generalleutnant Grünert,
Heerdestraße Nr. 21.

Von kath. Familie wird für sofort
Stütze der Hausfrau
gesucht zur weiteren Ausbildung in Küche und Haushalt. Angenehme, dauernde Stellung. Die Hausfrau arbeitet selbst tüchtig mit.
Angebote unter W. H. 7987 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tüchtige branchekund.
Verkäuferin
für erstklassiges Delikatessengeschäft gesucht.
Offerten nebst Abschr. der Zeugn. erbitte unter h 1106 an die Hauptgeschäftsst. dss. Ztg.

Suche f. m. Tochter 16 J., ar. u. st., St. a. Kindergärtn., 2. Kl. Selbige h. a. sch. 1. Hausb. erl.: pr. Zeugn. vorh. Off. u. B. 563 a. d. Hauptgesch. d. Ztg.

Auto-fahrten
Fernruf 3018
Brinkrolt

Gebraucht. hoher Ofen
billig zu verkaufen.
Näheres
Bispinghof 12a.

Wer
von Anmietern nicht überlaufen, sondern nur geeignete Mieter zugewiesen haben will, der melde seine zu vermietenden Räumlichkeiten, Ladenlokale, Bureauräume, Wohnungen und Zimmer sofort kostenlos an.
Miet-Sensale
Bogenstraße 19 III.
Telephon 1453.

Vorrätige Spiralbohrer
in großen Mengen unter Verbandspreis laufend gesucht.
Nur Festangebote m. Vorratsliste, Preis, Fabrikat erbeten unter h. 1103 an die Hauptgeschäftsstelle d. Ztg.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Münster, 17. März 1921

Westfälische Heimat

Beilage der „Westfälischen Tageszeitung"

Westfalens Hauptstadt.

Münster, den 17. März

63. Westf. Provinzial-Landtag.

IV.

Münster, 16. März.

Fünfte Vollsitzung (Schlußsitzung).

Das Haus ist gut besetzt, die Tribüne dagegen nur schwach, wohl deshalb, weil am Montag und Dienstag die Erwartungen auf Sensationen und Lärmszenen getäuscht wurden. Aber wie immer, so ging's auch heute im Landtag: Wenn man nicht da ist, ist was los. Der Abg. Hoß, für den selbst von sozialistischer Seite (allerdings nicht im Provinzialparlament) der Vorschlag gemacht wurde, ihn nächstens in einen eisernen Käfig zu setzen, war's diesmal nicht; er scheint von seinen kommunistischen Parteigängern so etwas wie ein parlamentarisches Privatissimum bekommen zu haben, und hüllt sich seitdem in eisernes Schweigen. Diesmal war es in erster Linie der kommunistische Wortführer Stolzenburg, der den Widerspruch des Hauses oft selbst einschließlich der Mehrheitssozialisten wachrief und dabei von seinen Freunden Richter und Struwe brav unterstützt wurde. Auch Oettinghaus (US.) brachte wiederholt das Haus in Aufregung.

Präsident Hamm eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 24 Minuten.

Erster Punkt der Tagesordnung ist

die Beteiligung der Provinz an dem Kommunalen Elektrizitätswerksverband Rheinland-Westfalen.

Berichterstatter Abg. Dr. Klausener bezeichnet diese Vorlage als eine der bedeutendsten, die den Landtag je beschäftigt haben. Er berichtete namens des Haushaltsausschusses, daß dabei der größte Wert darauf gelegt werden müsse, daß die Provinz Westfalen ein selbständiges und geschlossenes Wirtschaftsgebiet bilde. Der Provinzialausschuß beantragt, zu beschließen: „1. Provinziallandtag begrüßt die Bildung des Kommunalen Elektrizitätswerks-Verbandes Westfalen-Rheinland, G. m. b. H. Hagen, weil er es für notwendig hält, daß das Versorgungsgebiet der dem Verbande angehörigen Elektrizitätswerke zu einem selbständigen einheitlichen Wirtschaftsbezirk für die Elektrizitätsversorgung zusammengeschlossen wird und bleibt. 2. Provinziallandtag schließt sich deshalb dem an das Reichsschatzministerium gerichteten Antrag an, es möge bei zukünftigen gesetzlichen Maßnahmen der Kommunale Elektrizitätswerks-Verband als geschlossener und selbständiger Elektrizitätswirtschaftsbezirk anerkannt werden. 3. Provinziallandtag beschließt den Beitritt des Provinzialverbandes zu dem Kommunalen Elektrizitätswerks-Verbande Westfalen-Rheinland, G. m. b. H., unter Uebernahme eines Geschäftsanteils in Höhe von 10000 Mark und mit der Maßgabe, daß der Betrag bei der Landesbank als Darlehn zu dem für Kommunaldarlehen üblichen Zinssatze und mit einem Tilgungssatze von 1½ Prozent angeliehen wird. Der Landeshauptmann wird ermächtigt, die erforderlichen Erklärungen abzugeben und die Urkunden zu vollziehen."

Abg. Funcke (Vgg.) beantragt Vertagung, da er sich mit der Bildung des geschlossenen Wirtschaftsbezirks nicht einverstanden erklären könne.

Abg. Engberding (Vgg.) begrüßt die Vorlage, weil dadurch die Provinz die Hand dazwischen halte. Er muß es jedoch ablehnen, seine Zustimmung zu einem Gesetze, das im Staatsparlament noch nicht verhandelt ist, zu geben. Man solle die Schafe nicht vor dem Hunde wecken. Außerdem bemängelt er, daß er das Statut nicht kenne. Er betrachtet das Gesetz als eine Gefahr für den Mittelstand, da die Genossenschaftsbewegung zum Schaden selbständiger Kaufmannschaft gefördert wird. Solange er keine ausreichenden Garantien hinsichtlich der Punkte 1 und 2 des Antrages habe, lehne er die Vorlage ab.

Abg. Müller-Dortmund (Vgg.) bittet um Vertagung der Vorlage, damit zunächst Garantien hinsichtlich der Kohlenbasis geschaffen werden.

Abg. Schmidt-Siegen (M.-S.) sieht natürlich von seinem Standpunkte aus in den Ausführungen der Vorredner die Vertretung kapitalistischer Interessen in der einen oder anderen Form. Er sieht vielmehr in der Vorlage ein großzügiges kommunalpolitisches Projekt gegenüber den kapitalistischen Bestrebungen (Unruhe) und bittet, daß die Vorlage heute verabschiedet werden möge.

Abg. Stolzenburg (Komm.) sieht in der Abarenzung der Provinz eine Kampfstimmung gegenüber dem Rheinland. Des weiteren vergeht er sich unter steigender Unruhe des Hauses in Angriffen gegen die rechtsgerichteten Kreise. Als er bei Besprechung des Dreischichtensystems im Namen der Arbeiterschaft eine Erklärung abgeben will, entsteht starke Unruhe. (Zuruf: Sie sind ja gar kein Arbeiter!) Als er weiter an den Reichskommissar Mehlich sich direkt richtet, ertönt die Glocke, und Präsident Hamm weist den Redner darauf hin, daß es im Saale nur Abgeordnete gibt. Wiederholt bittet der Präsident die Abgeordneten, die Privatgespräche zu unterlassen. Schließlich befürwortet er den Zusammenschluß zwischen Rheinland und Westfalen. Als nach Beendigung der langen Rede vom Zentrum her der Zuruf: Gott sei Dank! ertönt, erwiderte der Kommunist Struwe: Der ist Ihnen wohl auf die Nerven gefallen? (Schallende Heiterkeit!)

Abg. Cuno (Dem.) wendet sich des längeren gegen die vom Abg. Stolzenburg gemachte Mitteilung von Ausführungen, die er (Cuno) in der Kommission gemacht haben soll. Dabei wird er wiederholt von den Kommunisten durch Zurufe unterbrochen. U. a. fällt dabei von den Kommunisten der Ruf: Wo ist Schaefer? (Dr. med. Schaefer ist Direktor der Heilanstalt bei Lengerich. D. Red.) Im einzelnen legt der Redner die wirtschaftlichen Interessen dar, die in der Kommission entscheidend waren. Die fortgesetzten Zurufe der Kommunisten geben dem Präsidenten verschiedentlich Veranlassung, zu bitten, die Zurufe zu unterlassen. (Steigende Unruhe im Hause.) Redner tritt für die Vorlage ein und bittet um schnelle Verabschiedung. Es handele sich heute, darüber Stellung zu nehmen, ob die Kommunalisierung der Elektrizität durchgeführt werden solle.

Abg. Litzinger (M.-S.) widerspricht einigen Angaben des Abg. Engberding.

Abg. Mehlich (M.-S.) ist der Meinung, daß die Vorlage angenommen werden müsse. Als der Redner weiter die Vorlage verteidigt, entsteht ein scharfer Wortwechsel zwischen ihm und Stolzenburg, wobei dieser dem Abg. Mehlich zuruft: Sprechen Sie weiter, dann sehen wir, wo der Dummkopf sitzt. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten, Heiterkeit im übrigen Hause, Glocke des Präsidenten.)

Präsident Hamm stellt fest, daß hier im Hause Abgeordnete und keine Dummköpfe sitzen (Stürmische Heiterkeit.) Des weiteren wirft Stolzenburg dem Abg. Mehlich das Wort: Verräter an den Kopf.

Abg. Engberding (Vgg.) bedauert, daß der Abg. Cuno, der Vertreter einer großen Kommune, ihm vorgeworfen habe, gegen die Vorlage und damit gegen die Zentralisation eingetreten zu sein. Bei den von ihm vertretenen Interessen der Installateure handle es sich um die Vertretung des Mittelstandes, also der Vertretung von Handel und Gewerbe.

Abg. Weiler (US.) ist für die Vorlage.

Abg. Lensing (Z.) betont, daß von Seiten der äußersten Linken über unsere Wirtschaftslage Ausführungen gemacht worden sind, die die Tatsachen überschätzen. Als der Abg. Stolzenburg ihm daraufhin mit den Worten in die Parade fährt: Ihr habt das deutsche Vaterland kaputt gemacht, und dabei aufgeregt mit dem Arm fuchelt, entsteht eine scharfe Auseinandersetzung über parlamentarischen Anstand. Dann greift Lensing den Abg. Engberding an, dem er Inkonsequenz in seinen Ausführungen vorwirft. Schließlich tritt er für die Vorlage ein.

Ein Antrag Schulze-Pelkum (DN.) auf Schluß der Debatte wird angenommen (Pfui-Rufe auf der äußersten Linken.)

Unter steigender Unruhe des Hauses folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen, u. a. wendet sich Abg. Engberding gegen Lensing, Stolzenburg gegen Mehlich, Richter (K.) gegen Engberding und Lensing.

In dem Schlußwort betont der Berichterstatter, daß es sich darum handle, daß die Provinzen in einem bereits bestehenden Wirtschaftskörper Einfluß bekommen.

Unter Ablehnung des Vertagungsantrages Funcke wird die Vorlage angenommen, wie die Gegenprobe ergibt, einstimmig.

Abänderung des Ruhrtalsperrengesetzes.

Abg. Dr. Eichhoff empfiehlt namens des Haushaltsausschusses den Entwurf zur Abänderung des Ruhrtalsperrengesetzes vom 5. Juni 1913 zur Annahme und bemerkt dabei, der Entwurf sei vom Ruhrtalsperrenverein gewünscht und in allen Einzelheiten ausgearbeitet worden. Auch die Triebwerksbesitzer selbst seien damit einverstanden gewesen.

Abg. Thomée (Vgg.) hätte gewünscht, daß der Provinzialausschuß sich zunächst mit der Sache hätte befassen können, spricht sich aber, nachdem er eine Anzahl Bedenken vorgebracht hat, (die später vom Berichterstatter zerstreut werden), für den Entwurf aus.

Nach längeren Ausführungen des Abg. Stolzenburg (Komm.), der der Vorlage den modernen Geist abspricht, wird dem Entwurfe zugestimmt.

Reglement über die öffentliche Krüppelfürsorge.

Die Angelegenheit stand bereits in der Montagssitzung zur Verhandlung (vergl. Nr. 73); sie wurde da an die Kommission zurückverwiesen. Abg. Reifenrath berichtet über die vom Ausschusse für Statuten und Reglements getroffenen Abänderungen und empfiehlt die Vorlage in der abgeänderten Form zur Annahme.

Abg. König (MS.) polemisiert in längeren Darlegungen dagegen, daß die Kinder zur ersten hl. Kommunion oder zur Konfirmation aus ähnlichem Anlasse einen neuen Anzug bekommen sollen. Das sei eine Zurücksetzung gegenüber den anderen. Er beantragt dann folgenden Zusatz zum § 6: „Gleichaltrige Hilfsbedürftige in derselben Anstalt, die nicht an kirchlichen Feiern teilnehmen, müssen in der gleichen Weise berücksichtigt werden."

Abg. Oettinghaus (US.) richtet, wie das bei ähnlichem Anlasse in der vorigen Session schon bei seinem Parteigenossen Neysters geschah, scharfe Angriffe gegen die Ordenspfleger- und -Schwestern in den Anstalten, denen er Wahlbeeinflussung unterschieben möchte. Dabei gerät er mit dem Zentrum aneinander. Es entsteht ein gewaltiger Lärm, in dem der Präsident sich mehrfach mit der Glocke Gehör zu verschaffen sucht. Redner stellt dabei die Behauptung auf, seine Partei sei religiöser als das Zentrum. (Schallende Heiterkeit und Zwischenrufe.) Schließlich will er durch Ablehnung der Vorlage mal wieder kundtun, daß die Provinz selbst die Krüppelfürsorge in die Hand nehmen müsse.

Der Abg. Struwe (Komm.), der sich schon die ganze heutige Sitzung hindurch durch ständige Zwischenrufe unliebsam bemerkbar gemacht hat, fährt, wie das bei ihm nicht anders zu erwarten ist, noch gröberes Geschütz auf. Der Tumult steigert sich. Minutenlanges Läuten des Präsidenten. Der Redner redet unbekümmert weiter trotz des Tobens der parlamentarischen Elemente. Schließlich will er, wie Oettinghaus, die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt wissen.

Abg. Frau Hoffmann (Vgg.) tritt als erste Rednerin im Provinzialparlament außerordentlich schneidig und geschickt den beiden Vorrednern entgegen. Wir haben, so erklärt sie, die Unterstützung der konfessionellen Anstalten zu befürworten. Von einer Vergewaltigung der Krüppel und einem Mißbrauch der Religion kann keine Rede sein.

Abg. Freiherr von Ledebur (Vgg.) macht in seiner kurzen, kraftvollen Weise der Linken klar, daß es vergeudete Mühe sei, Religion und Konfession aus den Provinzialbetrieben zu vertreiben. (Zurufe von der Linken.) Wir werden sie unter allen Umständen zu erhalten wissen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Bitter (Z.) tritt in sehr eingehenden Ausführungen dem Abg. Oettinghaus entgegen und wird dabei fast bei jedem Satze von diesem durch Zwischenrufe unterbrochen. Als er erklärt, seine Partei könne nicht dulden, etwas zu kritisieren, wofür nichts Besseres da sei, wächst der Lärm und wird von den Kommunisten zum Tumult getrieben, als der Redner von der roten Armee spricht und denen, die die zerschlagenen Knochen ihrer Opfer geheilt haben.

Zwei von den Abg. Lensing (Z.) und Cuno (Dem.) gestellte Schlußanträge werden mit Tumult beantwortet, aber angenommen.

In der Abstimmung werden der Vertagungsantrag Oettinghaus-Struwe und der Erweiterungsantrag König abgelehnt; die Vorlage wird gegen die gesamte Linke unverändert angenommen.

Abg. König (MS.), der als Schriftführer fungiert, ruft nach Ablehnung seines Antrages ganz erregt in den Saal hinein: Hierdurch haben Sie dokumentiert, daß Sie Gegensätze wollen. (Großer, andauernder Tumult im ganzen Hause. Dem Präsidenten gelingt es nur mit Mühe, die Ruhe wieder herzustellen. Zurufe von rechts: Ein netter Schriftführer!)

Bewilligung von Freifahrten für die Abgeordneten.

Der Abg. Stolzenburg (K.) hatte am Schlusse der gestrigen Sitzung den Antrag gestellt, den Abgeordneten des Provinziallandtages auf allen Bahnen innerhalb der Provinz zu Informationsfahrten freie Fahrt zu gewähren und diese von den Reichseisenbahnen durch Pauschsumme zu erkaufen. Unter großer Unruhe des ganzen Hauses begründet er diesen Antrag.

Abg. Dr. Klausener beantragt als Berichterstatter des Ausschusses die Ablehnung dieses Antrages, ebenso die des dazu gestellten Antrages Mehlich und Genossen, diesen Antrag dem Provinzialausschusse zu überweisen.

Abg. Lensing (Z.) beantragt Schluß der Debatte; doch wird von der äußersten Linken namentliche Abstimmung gefordert, die (da 15 Stimmen hierfür notwendig sind) gegen die noch anwesenden 14 Abg. der äußersten Linken abgelehnt wird.

Abg. Oettinghaus (US.) protestiert gegen Antrag Lensing auf Schluß der Debatte, da diese noch nicht einmal eröffnet sei. (Schallende Heiterkeit) und beantragt zweite und dritte Lesung. Abg. Lensing (Z.) zieht seinen Antrag zurück, aber Abg. Oettinghaus (US.) weigert sich, dies auch zu tun. Er wolle mal sehen, bemerkt er schmunzelnd. (Heiterkeit.)

Abg. Richter (Komm.) ergeht sich in allerhand Drohungen, polemisiert in heftigen Worten gegen das frühere System. Der Provinziallandtag sei das reinste Kaffeehaus geworden. (Glocke und Verwahrung des Präsidenten.) Unter allerhand von wütenden Blicken begleiteten Drohungen setzt Redner seine Polemik eine ganze zeitlang fort.

Die Abg. Schmidt-Siegen (MS.) und Oettinghaus (US.) sprechen nochmals für die Vorlage; letzterer äußert allerhand fade Hoffnungen auf Anwachsen der äußersten Linken.

Dann wird ein Antrag Schulze-Pelkum (Vgg.) auf Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Stolzenburg (K.), der als Antragsteller nochmals das Wort erhält, wirft der Rechten vor, über Millionen von Leichen gegangen zu sein. (Lebh. Pfuirufe, Glocke.)

Ueber den Vertagungsantrag Mehlich wird als den weitergehenden zunächst abgestimmt. Er wird mit 61 gegen 59 Stimmen angenommen.

Abg. Oettinghaus (US.) zieht seinen Antrag zurück.

Schluß der Tagung.

Präsident Hamm gibt einen kurzen Ueberblick über die Ergebnisse der Tagung und kündigt an, daß Ende Mai oder Anfang Juni der Landtag wieder zusammentreten werde zur Beratung der Haushaltspläne, des Gesetzentwurfes über die Selbständigkeit der Provinzen usw. Einige Tage vor Beginn des Landtags werden die Kommissionen zusammentreten, um die Vorlagen durchzuberaten. Er schließt seine Ausführungen mit den üblichen Dankesworten. (Beifall.)

Abg. Windthorst (Vgg.) dankt unter dem Beifall des Hauses dem Vorsitzenden.

Landtagskommissar Dr. Wuermeling verliest dann eine kurze Rede, in der er die Hoffnung ausspricht, daß die Arbeiten des Provinziallandtages der Provinz zum Segen gereichen mögen. Er verweist dann auf die augenblickliche ernste Lage, durch die wir hindurch müssen und die zu überwinden wir fest entschlossen sind. (Beifall.) Dann erklärte er den 63. Westf. Provinziallanndtag für geschlossen.

Schluß 1 Uhr. P. W.

* **Die Literarische Gesellschaft** gibt am kommenden Samstag, 19. März, ihren dritten (letzten) Intimen Abend, der Will Vesper gehören soll. Auf das Schaffen dieses Dichters haben wir bereits vor einiger Zeit hingewiesen. Wie wir erfahren, wird Vesper sowohl Lyrik wie Novellenprosa vortragen, zum Teil auch ungedruckte neue Schöpfungen. Karten sind bei Kneer, bei Obertüschen und an der Abendkasse zum Preise von 3 Mark zu haben.

* **Pakete nach Italien** können noch bis Ende März nach den bisherigen Einfuhrbestimmungen bei den Postanstalten aufgeliefert werden.

Verbreitungsbezirk.

× **Lüdinghausen,** 15. März. (Die gefährlichen Maschinengewehre.) Auf dem Turm eines Schlosses im Kreise Lüdinghausen waren seit den vorjährigen Märzunruhen zwei Maschinengewehre aufgestellt gewesen, die im Laufe des Herbstes plötzlich verschwanden. Dieser Tage erschien vor den Toren des Schlosses ein starkes Gendarmerieaufgebot, um nach den gefährlichen Dingern zu suchen. Als die Landjäger den ominösen M.-G.-Turm bestiegen hatten, rief ihnen der Schloßherr ein scherzhaftes „Nun aber Hände hoch!" entgegen, worauf sich die vielbesprochenen Maschinengewehre zur allgemeinen Heiterkeit als täuschend nachgemachte Attrappen erwiesen.

z **Bocholt,** 15. März. (An der holländischen Grenze) hat sich neuerdings wieder ein lebhafter Handel mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs insbesondere aber mit solchen Waren, die zollfrei eingeführt werden dürfen, entwickelt. An der sog. Kreuzkapelle an der Grenze in der Nähe der holländischen Stadt Aalten, haben zahlreiche Holländer wieder Verkaufsbuden errichtet, die von deutschen Käufern, insbesondere aus Bocholt und Umgegend, eifrig besucht werden.

z **Herwelt-Dorsten,** 15. März. (Die Gemeindevertretung) hat einen Nachtrag zu dem Ortsstatut der gewerblichen Fortbildungsschule angenommen, wonach alle diejenigen jungen Leute, die nach dem 1. April 1920 die Schule verlassen haben, der Fortbildungsschulpflicht unterliegen, während die vor dem 1. April 1920 Entlassenen von der Fortbildungsschulpflicht befreit sind. — Für die Kinderhilfe „Kinder in Not" wurden 4000 Mark bewilligt.

z **Dorsten,** 15. März. (Ein räuberischer Einbruch) ereignete sich vor einigen Nächten in der Feldmark, wo 3 Kerle in das Haus des Landwirts Winschermann eindrangen, die allein im Hause befindliche Ehefrau des Landwirts mit Revolvern bedrohten, alle Schränke und Subladen durchstöberten und etwa 1900 Mark erbeuteten.

S **Osnabrück,** 15. März. (Verschiedenes.) In der Nacht zum Samstag drangen zwei maskierte Räuber in das Haus des Landwirtes Henke in Harderberge. Die Räuber hielten mit vorgehaltenem Revolver die Hausbewohner in Schach und durchsuchten das ganze Haus. Es fielen ihnen rund 1500 Mark in die Hände. — Der seit mehreren Wochen vermißte Kaufmann Hakkemeyer aus Haste ist jetzt endlich als Leiche im Kanal aufgefunden worden. Ob ein Verbrechen oder ein Unfall vorliegt, muß noch festgestellt werden.

× **Köln,** 15. März. (Galgenhumor.) Einem hiesigen Lebensmittelhändler war von Einbrechern die ganze Schaufensterauslage ausgeräumt worden. Der Verlust betrug 10000 Mark. Daß der Bestohlene seinen Humor nicht verloren hat, beweist folgender Aushang, der jetzt in seinem Fenster prangt: „Ich bitte die Herren Einbrecher, sich nicht mehr bemühen zu wollen, da ich meinen Laden jetzt abends selbst ausräume."

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Unterhaltung und Wissen

Zum Geleit

Wer einmal selbst von zertrümmertem Wrack hoffnungslos nach rettender Hülfe spähte, dem ist mit nungslos dach rettender Hilfe spähte, dem ist mit Hilfe dem Schiffbrüchigen ist edelstes Menschenwerk.

W. v. Siemens.

Zeitkunst

Von Klara Blüthgen.

„Und Gott schuf den Menschen ihm zum Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn." — Und der Mensch, der niemals Gott mit Erdenaugen gesehen, der aber doch andächtig und verehrungsvoll eine Ahnung des hohen Bildes in seinem Innern barg, mühte sich, wenn er das Bild des Nebenmenschen gestaltete, etwas von der Wesensart des göttlichen Urbildes hineinzulegen. Er hütete sich, dieses Abbild durch Schwächen und Unschönheiten zu entstellen, vielmehr betonte er das Große, Schöne, Erhabene, betonte es vielleicht allzu sehr, er „idealisierte". Denn er trug noch Ideale in sich, auch das Ideal des Menschenleibes, der ein Bild Gottes sein sollte. Selbst bei uralten Menschendarstellungen, bei denen der altägyptischen Zeit, ja bei den noch älteren, in die Wände von Kalksteinhöhlen eingeritzten, naiven Zeichnungen beobachten wir ein Ebenmaß der Glieder, eine Würde der Haltung, die von Achtung vor dem Urbilde zeugt.

Die ganze altgriechische und altrömische Kunst idealisierte. Ebenso das frühe Mittelalter. Wenn wir später den betrunkenen Bauern eines Jan Steen oder des „Höllenbreughel" begegnen, so sehen wri immer noch diese Achtung vor dem Menschenkörper gewahrt. Die Bilder sind von einem oft grausamen Realismus, aber sie sind keine Zerrbilder. Ein Blick in Grand-Carterets „Geschichte der Karikatur" zeigt uns, daß das Wesen der Karikatur immer mit Humor gepaart ist, ja daß dies ihr eigentlicher Grundzug ist, und daß dem Humor zuliebe jene drolligen Vergewaltigungen des Menschenkörpers entstanden.

Die Karikatur des Menschenkörpers ohne Humor aber ist eine Errungenschaft unserer Zeit. Keiner anderen Zeitepoche, mochte sie auch noch so sehr unter dem Zeichen revolutionärer Gärung stehen, ist es gelungen, den Menschenkörper in annähernd verruchter Weise im Bilde zu verunstalten, wie der unsern.

Jeder Gang durch die Straßen der Hauptstadt überschüttet uns mit Beispielen. Die Anschlagsäulen, die großen Plakatflächen der Untergrundbahn, die Schaufenster mit den Modezeitungen, den Umschlägen von Musikalien und Büchern geben die Beweise. Ueberall Verrenkungen, Verzerrungen des menschlichen Körpers, die ihn oft zum Ornament erniedrigen, oft zu einem bewußt gewollten Gegenstand des Abscheus — oder der Begierde machen. — Man sehe sie an, diese dreiviertel nackten Frauenkörper mit den ausgereckten, schlangenartigen Gliedern, den gespreizten Spinnenfingern, mit den hungrig vorgestreckten Köpfen, den breiten, herabfallenden Augendeckeln, die dem Gesicht einen Ausdruck so unsagbarer Menschenverachtung und zugleich unersättlicher Sinnlichkeit geben, mit den zurückgezogenen Oberlippen, unter denen die giergen Raubtierzähne lauern. Wo gibt es bei diesen Darstellungen, die doch die Lust schildern wollen, ein Lachen oder ein Lächeln? Einzig die Grimasse herrscht. Und diese Herren der Schöpfung im Frack, weißer Hemdbrust und ins Genick geschobenem Zylinder, den Ausdruck übersättigten Stumpfseins auf den Gesichtern, wie sie im Tanz die nackten Weiber umfassen — wo ist hier noch ein Zug, der an das Bild Gottes erinnerte? Ueberall klägliche, jämmerliche Zerrbilder. Abschreckende Häßlichkeit ist zum obersten Gesetz erhoben, die Unzucht zum Stil.

Gewiß, wir sind nicht die eigentlichen Schöpfer dieses Stiles. Die perversen Lustbilder eines Banros, die satanischen Darstellungen eines Goya mögen die Vorbilder ergeben haben. Aber während Banros' ausschweifender Stift immer wenigstens die Grazie wahrt, während bei Goya die bitterernste Satire verhöhnt, wollen die Bilder unserer Tage nichts anderes, als die schon abgestumpften Sinne durch etwas Niedagewesenes, Lüsternes von neuem anstacheln.

Kunst ist ein Spiegel der Zeit, ohne Verbindung mit der Zeit keine Kunstäußerung. Also haben wir die Brücke von dieser Zeitkunst zu ihren lebendigen Vorbildern zu suchen. Sehen wir uns die Schaukästen der Photographen an, die so reichlich auf den Stationen der Untergrundbahn vertreten sind und so den Vergleich erleichtern. Hier kann die Stilisierung durch die Reproduktion der Wirklichkeit nur eine geringe sein. Wie auch der Lichtkünstler sein Werk in Pose gesetzt haben, welche Kniffe der Beleuchtung und Retusche er anzewendet haben mag: die Wirklichkeit hat unter allen Umständen die Grundlage gegeben. Es springt uns da eine furchtbare, unsere Zeit in grauenvoller Art charakterisierende Aehnlichkeit zwischen Lichtbild und Reklamebild in die Augen. Eine der ernstesten Erinnerungen an den Niedergang unseres Volkes. Denn das ist das Absonderliche, was man festhalten muß: Es handelt sich bei den Bildern unserer ersten Photographen keineswegs um Halbwelt und Dirnen, sondern um Frauen der Gesellschaft, die ihren Ruhm darin suchen, im Aeußeren jenen weniger guten zum Verwechseln ähnlich zu werden.

Auch der Typ des lebenden Menschen ist durch die letzten Jahre arg gemodelt worden. Die Urbilder jener Photographien zeigen, wenn sie uns auf der Straße begegnen, also unbeeinflußt von der Posengebung des Photographen, einen Zug von Grausamkeit, unerbittlicher Härte, von Verachtung und kalter Sinnlichkeit. Der Hunger, den weniger begünstigte Schichten Jahre körperlich empfunden haben, scheint sich bei den Nichthungernden in die Gier nach Sinnenlust, in die kalte Freude an äußerlichen Genüssen umgesetzt zu haben.

Alles, was früher deutsche Art bedeutete: reiner Fluß der Linie, Edelsein, Güte und Gutmütigkeit, Bescheidenheit und Freundlichkeit ist ausgetilgt, als etwas Ueberwundenes, Unzeitgemäßes in den Bann getan. Die „Seele", die ehemals ein Gesicht verklärte, die selbst das Unschöne mit einem geheimen Zauber umwob, ist zu etwas Belächelnswertem geworden.

Wehe unserer Zeit, wenn die Geschichte einmal in der Hand dieser Zeitkunst ihren Spruch über sie abgibt!

Der Schrei aus Millionen Herzen

Ueber die stille Heide geht ein roter, greller, schreiender Streifen zum Untergang. Die grünenden Spitzen der Gräser und Moose sehen diesen grollenden Ton und zittern vor ihm und vor den Winden, vor den Winden, die über die Heide jagen aus Nordwest, aus West. Die Windrose ist wahnsinnstoll geworden wie die Menschen, in denen ein Rausch blutgieriger Haß erzeugt.

Ich floh ihn, den Haß, ich floh in meine stille Einsamkeit. Aber ich bin auch hier verwirrt, ich sehe Gespenster, riesengroß, nebelhaft, in den trockenen Staubwolken vor dem Nord, in den nassen Regenschauern vor dem West. Wo ist die Ruhe?

Vaterland, Mitmenschen, Brüder, Weib, Kinder . . . geht, holt mir die Ruhe, holt mir die Gerechtigkeit, das Recht, die Vernunft. Ich finde nichts. Was verfolgt uns, und es ist doch Frieden in der Welt.

Lachendes Wort. Friede ist heute Raserei! Der Friede ist eine Bestie, ein Ungeheuer mit einem riesengroßen Schädel. Seht ihr es nicht? Dort draußen auf der Heide liegt es, am Horizont leckt seine lange, rote, glühende Zunge höhnend euch entgegen.

Der Wind kommt vom Westen. Legt euch auf die Erde, daß ihr den Atem nicht saugt in eure Seele und euch die Lungen vergiftet. Werft euch auf die Erde, auf das Knie, auf das Angesicht und betet um Selbstzucht und Vaterlandsliebe, damit ihr stark werdet.

Sie zwingen uns auf die Knie, nehmt das als Schicksal. Wir liegen, heute, morgen, übermorgen, bis die letzte Stunde unser Lebenslicht vollends ausbläst. Wir bleiben liegen, bis an unser und füllet in die Malch eurer Säuglinge Tropfen des Hasses und müssen leben, müssen stark werden für uns, für unsere Schmach.

Mütter, wenn ihr auch am Boden liegt, kriechet zur Wiege und füllet in die Milch eurer Säugling Tropfen des Hasses und den alten Stolz, damit er einst auferstehe.

An dieser Stelle, wo ich die Knie beuge der fremden Macht, auf dieser wird mein Schrei nach Vergeltung erstehen, schaurig und groß. Ihr, die ihr heute die Macht habt, könnet die Gerechtigkeit aus der Welt schaffen, aber nicht das Weltgericht. Meister könnt ihr sein eines entwaffneten Volkes, aber nicht Herren von Millionen Herzen.

Ihr könnet Städte und Dörfer mit euerer Soldateska besetzen und dort euer Kartenhaus, das ist eure Herrschaft, errichten. Dann aber werden wir irgendwo in deutschen Landen das erste Feuerlein legen, damit es in der dunkeln Nacht leuchte bis zum nächsten Weiler, wo ein Bruder steht, der es sieht und weiterträgt.

Irgendwo werden die Männer zum ersten Racheschwur zusammentreten, und er wird weiter fressen wie der Brand, es wird niemand sein, der so stark ist, ihn zu hindern. Auch ihr nicht, ihr — Starken.

Heiteres aus alten Kalendern

Mitgeteilt von Hans Gäfgen.

Ein armer Mann mit einem mächtigen schwarzen Barte kommt in eine Barbierstube und bittet, man möge ihm, statt ihm ein Stückchen Brot zu geben, den Bart scheren, damit er wieder menschlich aussehe. — Der Barbier nimmt sein schlechtestes Messer und fängt an, den Armen in seine Behandlung zu nehmen und ihn mit der stumpfen Klinge fürchterlich zu martern. Der bärtige Mann aber darf nichts sagen, da er ja nichts bezahlen kann. Als nun der Hund im Hofe zu winseln anfängt, fragt der Barbier vor sich hin: „Warum der Mops wohl winselt und heult?" — Da meint der gequälte Mann unterm Messer: „Er wird wohl auch um Gottes willen barbiert wie ich."

Als man einem berühmten Historiker vorwarf, daß er in seinen Werken die Wahrheit entstellt habe, meinte er: „Immerhin müßt ihr doch wohl eingestehen, daß es weit hübscher wäre, wenn es sich so verhielte, wie ich es erzählt habe."

Den Pagen eines großen Herrn, der sehr geizig war, gingen einst sogar die Hemden aus, und sie baten ihn, doch neue zu beschaffen. — Der Herr fand die Forderung billig, ließ seinen Haushofmeister rufen und sagte ihm: „Schreib' er sogleich an den Pächter X. nach N., daß er Lein aussäen soll, um den Pagen Hemden daraus zu machen." Die Pagen lachten. — Der Herr aber sagte: „Nicht wahr, jetzt seid ihr zufrieden, daß ihr neue Hemden bekommt?"

Zwei Bauern sprachen über das prächtige Frühlingswetter, und der eine meinte, wenn die Witterung noch einige Tage anhielte, käme alles aus der Erde hervor. — „Ach, lieber Gott, was sagt ihr da; ich habe zwei Weiber auf dem Friedhof liegen!"

In einer Damengesellschaft war ein junger Mann ganz still. Eine der Anwesenden fragte ihn, warum er stets schweige. „Gnädige Frau," sagte er, „unter so vielen Selbstlauten sind auch einige stumme Buchstaben notwendig."

Schauspieler-Anekdoten

Die „Blätter des Deutschen Schauspielhauses" in Hamburg veröffentlichen einige hübsche Erinnerungen an Otto Brahm, den großen Schauspielleiter, aus der Feder seines Bruders Ludwig Brahm, der einer der Lieblinge des Deutschen Schauspielhauses ist. Ludwig Brahm erzählt:

Ein trockener Humor, eine leise Ironie haben Brahm immer begleitet. Einmal kam ein neues Mitglied mit einem Schnurrbart zu ihm ins Engagement. Darauf sagte er zu ihm:

„An meiner Bühne ist es verboten, daß Mitglieder einen Bart tragen, mit Ausnahme von Fräulein Dumont."

*

Große Summen gab er oft und gern, verlangte auch selten eine Spezifikation. Bei kleinen und kleinsten Summen fragte er immer: „Wofür?" Wir wollten eines Tages bei Sacher dinieren. Er hatte einen offenen Viktoria-Wagen bestellt, der uns in den Prater hinaus fuhr. Als wir ankamen, kam ein einfacher Mann auf den Wagen zu, nahm den Hut ab, wollte den Wagenschlag aufmachen und sagte:

„Ich habe die Ehre, küß' die Hand, mein Kompliment."

Darauf sagte ich: „Otto, dem Mann mußt du zehn Kreuzer geben!"

Er: „Wofür?"

„Er wollte den Wagenschlag aufmachen."

„Hat er ihn aufgemacht?"

„Nein, es war ja keiner daran."

„Dafür kann ich doch nichts."

„Nein, er aber auch nicht. Aber er wollte doch."

„Für solche Unternehmungen zahle ich nichts."

Darauf dinierten wir mit Artur Schnitzler sehr gut, sehr reichlich, sehr teuer; das genierte ihn nicht im mindesten. Als wir fortgingen und wieder in den Wagen stiegen, stürzte derselbe Mann, wie von der Tarantel gestochen, auf den Wagen zu, will wieder den Wagenschlag aufmachen; da der aber inzwischen nicht gewachsen war, zog er seinen Hut und sagte wieder:

„Habe die Ehre, küß' die Hand, mein Kompliment."

Worauf mein Bruder ihm dasselbe Nichts gab wie vorher. Schnitzler gab ihm zehn Kreuzer. Darauf sagt mein Bruder:

„Sie wissen, lieber Schnitzler, ich bin kein indiskreter Mensch, aber wofür bekommt der Mann dieses Geld?"

Darauf Schnitzler: „Das ist der Wasserer."

Mein Bruder: „Was ist der Wasserer?"

„Der gibt Wasser."

„Hat er mir Wasser gegeben?"

„Nein, den Pferden."

„Dann soll ihm der Kutscher zehn Kreuzer geben, aber nicht ich."

„Und außerdem," sagt Schnitzler, „er ist halt da."

Mein Bruder: „Ja, lieber Freund, ich bin kein reicher Mann. Aber wenn ich es wäre: allen, die in Wien halt da sind, könnte ich doch wohl nicht geben."

Eines Hauses Not

Roman vom Niederrhein.

Von Wilhelm Momma.

(50. Fortsetzung.)

Sie hatte in der Stube alles weiß gedeckt: das Kettwerk in den Webstühlen, das kleine Tischchen mit den bäurischen Nippfiguren; auch über den Kaffeetisch hatte sie ein weißes Tischtuch gebreitet. Dazu hatte sie das beste Porzellan, das sie im Haus hatten, aufgesetzt. Ernst Heynen ließ seine Blicke langsam durch den Raum gehen, sah das alles und sagte: „Heute ist Sonntag hier, Lisbeth. Hast du es gehört? Heute soll bei uns Sonntag sein. „Sie nickte, ohne aufzusehen dazu, goß das kochende Wasser in die zinnerne Kaffeekanne und rückte ihm dann den Lehnstuhl an den Tisch. Mit einer Handbewegung lud sie ihn ein, sich zu ihr zu setzen und noch einmal mit ihr zu frühstücken.

Da lächelte er still und sagte: „Einen Gefallen mußt du mir tun, Lisbeth. Heut muß der Kleine dabei sein; ich kann mir das Leben ohne ihn gar nicht mehr denken." — Sie sagte nichts dazu, eilte aber spornstreichs die Treppe hinauf und holte den Kleinen aus dem Beti. Er sah mit seinen vom Schlaf geröteten Wangen, den blanken Augen und in seinem weißen Nachtkittelchen allerliebst aus.

Wie zu einem Fest tranken sie ihren Kaffee und Lisbeth sorgte wie eine Hausmutter für beide. Das durchs Weinlaub sich hereinstehlende Sonnenlicht spielte auf den Tassen und malte lichte Kringel an die Wand; der Kleine haschte danach und juchzte und jubelte, und Ernst und Lisbeth hatten ihre Freude an ihm. Nachher spielte der Kleine bei ihnen in der Stube, und in sein Plappern und Krähen mischte sich das Vogelgezwitscher, das durchs offene Fenster hereindrang.

Von seinem Lehnstuhl aus beobachtete Ernst Mutter und Kind, und sein Gemüt heiterte sich mehr und mehr auf. Und in der Zeit gingen seine Gedanken — genau wie die des Alten droben auf dem Pastoratsberg bei Werden — den weiten Weg seines Lebens rückwärts. Lisbeth Krall holte ihm unaufgefordert die Pfeife heran, stopfte sie ihm und half ihm beim Anzünden. Als sie sich vor ihm niederbeugte und ein Zündholz daranhielt, sagte er: „Jetzt weiß ich nicht, Lisbeth: War unser Leben ein weiter Umweg, oder sind wir immer gradaus gegangen? Vielleicht war der Weg nur so hart und beschwerlich?"

Sie sah ihn von unten herauf fragend an.

„Wie meinst du das, Ernst?"

Da bat er sie, sich neben ihn zun setzen.

„Heut ist ein Festtag, du, auch in unserem Leben. Ich hätte das nie gedacht, daß unsere Herzen noch einmal so fest zusammengewachsen wären."

Lisbeth Krall ahnte, wo er jetzt hinaus wollte. Sie hatte den Gedanken, daß er sie noch zum Weibe und den Jungen zum Kinde nehmen würde, bisher von sich gewiesen. Er hatte doch damals gesagt: „Miteinander, du, das geht nicht mehr, wohl nebeneinander. Wir wollen wie zwei Bäume über dem Kinde zusammenstehen und den Wind abhalten." Aber was er jetzt sagte, das klang anders und war anders; und darüber erschrak sie, stand hastig auf und wollte sich wieder an ihre Arbeit geben. Aber er hielt sie, ihr die Hand auf den Arm legend, zurück. „Bleib sitzen, Lisbeth!" bat er. „Damals dachte ich, es wäre das letzte Wort, das wir miteinander darüber sprechen müßten. Heute haben wir noch mehr dazu zu sagen."

Da wußte sie sich nicht anders zu helfen; sie fing frei und offen von ihrem Fehltritt zu reden an, von dem Fehltritt, der wie ein Schmutzfleck in dem weißen Kettwerk ihres und seines Lebens war, und der sich nicht fortwaschen ließ.

„Ich glaube es nicht, daß du darüber hinwegkommst, Fritz!" sagte sie abwehrend.

Er aber schüttelte lächelnd den Kopf.

„Früher habe ich das auch nicht geglaubt, da hat mir das wie ein Gespenst im Weg gestanden. Aber jetzt ist es grad, als hätte unser Leben anderes Licht; es sieht alles ganz anders aus. Oder ob das nur an uns liegt? Ich weiß das nicht."

Lisbeth Krall schwieg und sah in ihren Schoß. Was sie darauf zu antworten hatte, ließ sich nicht in Worte kleiden. Ihr Herz aber jubelte um so lauter.

Ernst legte ihr den Arm um den Nacken und zog sie an sich.

„Sieh, Lisbeth," sagte er, „jetzt glaub ich, daß sich unser Leben noch einmal wie Kettwerk und Einschlag ineinander wirkt, und dazu hat uns das Kind verholfen."

Da ging ihr ein Ahnen auf, daß aus ihres Lebens Unglück ihr Glück geboren ward. Ernst Heynen zog sie an sich und küßte sie; der Kleine aber, der bisher still für sich gespielt hatte, drängte sich an sie, umspannte beider Knie und sah staunend zu ihnen auf. — — —

Am Nachmittag trug Lisbeth des Vaters Lehnstuhl in den Garten hinaus. Da saß Ernst, der sich nach Tisch erst ein wenig gelegt hatte, in der Sonne, ließ das warme Sonnenlicht über seinen Körper fließen und schnitzte für den Kleinen Windmühlenflügel. Lisbeth Krall saß neben ihm, strickte und sah ihm auf die Finger, und der Junge stand mit weiten Augen vor ihnen und plauderte.

Als die Windmühle fertig war, ging Ernst an Lisbeths Arm mit dem Jungen den Gartenweg hinab und setzte sie drunten auf die baufällige Laube. Da stand sie recht im Wind und drehte sich schnell.

„Lisbeth", sagte er, sie betrachtend und sich an des Kleinen Jubel freuend, „das erste, was ich nachher tu, ist, daß ich die Laube wieder in Stand setze."

Und dann fing er, zu seinem Platz im Lehnstuhl zurückkehrend, zu planen an, was er dann alles vor hatte. Der Kleine hatte vorerst keine Augen mehr für sie, ihn fesselte die Windmühle drunten auf der Laube. Sein Jauchzen und Jubeln aber klang in das stille Flüstern der beiden hinein; so bauten sie aus Sonnenschein und Kinderjubel ihre Zukunft auf. — — — —

Gegen fünf Uhr kam Johann Heynen mit dem Fritz heim. Sie kamen still, als kehrten sie von einem tagtäglichen Gang zurück. Drinnen in der Stube legten sie ab und traten dann in den Garten hinaus, wo die drei immer noch beisammen waren. Fritz Krall fand sich nicht sogleich zurecht; er mußte jede neue Beziehung, jedes neue Verhältnis sich wie Neuland erschaffen und erleben. So trat er mit dem gleichen scheuen Blick, den gleichen scheuen Bewegungen aus der Fremde zu den lieben Menschen. Er wagte kaum, die ihm entgegengestreckten Hände zu drücken, in die ihn freundlich begrüßenden Augen zu schauen. Er setzte sich stumm auf den Stuhl, den ihm die Lisbeth aus dem Haus trug, und stierte zu Boden.

Eine schwarze Wolke schien sich über den klarblauen Frühlingshimmel zu schieben und ihr Schatten über die sonnigen Herzen zu huschen. Es fand keiner das rechte Wort, das dem Heimkehrenden ans Herz rührte. Die Luft ward kühler und ein leichtes Frieren kam sie alle an.

Da stürzte der Kleine auf Fritz Krall los. „Tomm, Onkel!" stammelte er und zog ihn mit sich, ihm den ganzen Reichtum seines Kinderherzens zu zeigen. Er führte ihn durch den ganzen Garten bis drunten an die Laube, auf der die Windmühle sich im Wind drehte. Sein Mundwerk stand nicht still, und er jubelte und jauchzte. Daran ward des Einsamen Seele warm, daß er sich auch hier zurecht fand. Es fiel ihm ein, daß der Alte am Morgen gesagt hatte: „Das Leben ist schön, Fritz!" und auf einmal war es ihm, als stände dies schöne Leben in der Gestalt des pausbackigen Jungen vor ihm und blinzelte ihn mit seinen Schelmenaugen an. Da nahm er ihn auf seine Arme und drückte ihn an sich; zu küssen wagte er ihn noch nicht.

So kehrten sie ins Haus zurück, wo Lisbeth mittlerweile das Abendbrot bereitet hatte.

„Komm, Fritz", lud sie ihn ein, „heute setzt du deine Füße wieder unter unseren Tisch; ich weiß, wie gut das tut!" und sah dabei dankbar auf Ernst Heynen. — —

Während dem Essen sprachen sie von der Zukunft, als sei die Vergangenheit in ihnen ausgelöscht. Erst sah Fritz Krall einsilbig bei ihnen wie ein Fremder, taute aber bald auf und sah mit frohen Augen in die Runde.

Der Alte aber lauschte mit schmunzelndem Gesicht und lachendem Herzen und schwieg. Er wußte, daß seiner Kinder Herzen sich auch ohne sein Zutun zusammenfanden.

(Schluß folgt.)

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Westfälische Handels-Zeitung

„Sanktionen" und Eisen- und Stahlwarenindustrie

Auf Grund von Erkundigungen in Kreisen der westdeutschen Industrie sind wir in der Lage, ein genaues Bild über die Wirkungen der Sanktionen auf die Eisen- und Stahlwarenindustrie zu geben.

Bisher hat die Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besondere wirtschaftliche Wirkungen nicht erzielen können. Es hängt dies mit der Kürze der Besetzungsdauer zusammen und mit den militärischen Organisationsarbeiten, mit denen die Besatzungstruppen zurzeit noch beschäftigt sind. Es ist jedoch ganz klar, daß durch die Besetzung der drei wichtigsten Städte des Industriegebietes die Entente die Ueberwachung der industriellen Arbeiten und die Kontrolle über den Versand der Kohle und der Rohstoffe für die Eisen- und Stahlwarenindustrie in die Hände bekommt. Aehnlich ist es auch in Gebieten des Verkehrswesens, soweit das gesamte rheinische Industriegebiet in Frage kommt. Die Folge der militärischen Besetzung wird sich schon dadurch in kürzester Zeit fühlbar machen, daß die Kosten und Lasten für die Besetzung sehr erheblich anschwellen, was ein weiteres Sinken unserer Mark im Gefolge haben wird. Die Entente ist durch die Besetzung in der Lage, den Versand aller Eisen- und Stahlwaren völlig zu unterbinden oder einzuschränken, und dies nicht nur in das unbesetzte Gebiet, sondern auch nach einem großen Teil des Auslandes.

Ungeheuer wird die Wirkung hauptsächlich auf die Eisen- und Stahlwarenindustrie sein. Ein großer Teil dieser industriellen Unternehmungen liegt in den von der Entente besetzten Gebieten. Es sei nur auf Solinger Industrie, einen Teil der Baubeschlägeindustrie, der Scharnier-Industrie, der Ofenindustrie, der Industrie verzinkter Eisenwaren, Emaillewerke und der Schrauben- und Muttern-Industrie hingewiesen.

Zur Beurteilung der Wirkung wird es nötig sein, Klarheit darüber zu erlangen, ob die Alliierten die vorgesehene Zollgrenze lediglich am Rhein entlang mit Einbeziehung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu ziehen gedenken, oder ob sie diese Zollgrenze weiter in das Land hineinschieben, etwa mit einer Grenze, die 20—30 Kilometer Landes auf der anderen Seite des Rheines mit eingreift. Würde das letztere Tatsache werden, so wäre in diesem Augenblick die Eisen- und Stahlwarenindustrie für die Dauer der Sanktionen vollkommen gehemmt. Es würden sofort Arbeitslosigkeit, Arbeiterentlassungen, Stillegungen von Betrieben eintreten müssen, die ihre Wirkungen schon in sich selbst tragen. Die Folge wird um so einschneidender sein, als die weitaus größte Mehrzahl der zur Eisen- und Stahlwarenindustrie gehörenden Zweige schon seit längerem sich dazu verstehen mußten, ihre Preise sowohl für den Absatz nach dem Inland wie nach dem Ausland auf das geringste Maß herabzusetzen, um mit der ausländischen Konkurrenz in Wettbewerb treten zu können. Die von der Entente vorgesehene Beschlagnahme von 50 % des Verkaufswertes und die Erhebung eines Wertzolles wird von ausschlaggebender Bedeutung sein. Schon jetzt macht sich die Unsicherheit der ganzen Lage dadurch bemerkbar, daß nicht nur der deutschen Eisen- und Stahlwarenindustrie zahlreiche Aufträge aus dem Ausland annulliert wurden, sondern daß auch die einzelnen Industriewerke selbst gar nicht mehr wissen, ob sie die in Auftrag genommenen und bereits fabrizierten Waren nach den gegnerischen Ländern zum Versand bringen sollen oder nicht.

Es ist ein unbedingtes Erfordernis, daß die Reichsregierung möglichst bald eine Erklärung darüber abgibt, ob sie sich bereit erklärt, für die gegebenenfalls ausfallenden 50 % eine Haftpflicht zu übernehmen oder nicht. Sollten darüber nicht bald bindende Beschlüsse gefaßt werden, so würde diese Krise, die sich heute schon unheilvoll bemerkbar macht, eine ganz bedeutende Verschärfung erfahren. Es wäre vielleicht vorteilhaft, die Haftung in der Weise zu formulieren, daß das Reich Bons oder Gutscheine ausgibt, die von der Reichsbank jederzeit diskontiert werden können. Die unmittelbare Folge der Ententemaßnahmen wird sich natürlich in einem außerordentlichen Zurückgehen des Exportes nach dem Auslande bemerkbar machen. Es wird selbstverständlich das ernste Bestreben der deutschen Industrie und des deutschen Ausfuhrhandels sein, nach neuen Absatzgebieten Ausschau zu halten. Im Hinblick auf die außerordentlich schwierige weltpolitische Lage ist es wiederum eine zweite Frage, ob dieses auch gelingen wird. Die Aussichten sind auf jeden Fall sehr gering.

Es ist weiterhin eine Tatsache, daß die von der Entente zum Zwecke der Erpressung durchgeführten Gewaltmaßnahmen sich zu ihrem eigenen Nachteil kehren dürften. Man erinnere sich, daß England und Belgien vor nicht all zu langer Zeit auf die Ausführung des § 18 des Friedensvertrages Verzicht leisteten. Diese Erklärung wird natürlich durch die Sanktionen und durch die Beschlagnahme von 50 % der neuen Guthaben zurückgezogen und illusorisch gemacht. Diese Tatsache beweist wiederum, daß man auf Erklärungen und Worte der Entente-Regierung nicht allzu großen Wert legen soll. Aus allen diesen Erwägungen muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß durch diese ganzen Sanktionen, Bedrohungen und Ententemaßnahmen die Wiederaufnahme des Handels mit England bzw. mit den anderen Ententestaaten auf mehrere Jahre hinaus aufs stärkste beeinträchtigt wird, ein Schade, der auch wohl kaum durch eine baldige Aufhebung der Sanktionen behoben werden könnte.

Sanktionen und laufende Verträge

In der „Thüringer Allgemeinen Zeitung" lesen wir nachstehenden beachtenswerten Aufsatz über die handelsrechtlichen Folgen der Sanktionen auf den deutschen Außenhandel:

Welche Wirkungen die von der Entente beschlossenen „Sanktionen" auf den deutschen Außenhandel haben werden, kann heute noch nicht mit Bestimmtheit vorausgesagt werden. Ueber den Zweck dieser „Sanktionen" kann jedenfalls kein Zweifel bestehen. Der deutsche Außenhandel, der von jeher der Entente ein Dorn im Auge war, soll durch eine Anzahl Druckmittel so getroffen werden, daß Deutschland nichts anderes übrig bleibt, als entweder wirtschaftlich zurunde zu gehen oder jedes Diktat zu unterschreiben. Die Entente war von jeher klar und bestimmt in der Aufstellung und Verfolgung ihrer Ziele. Es besteht keine Veranlassung, anzunehmen, daß diesmal eine baldige Sinnesänderung einen Wandel zu unseren Gunsten herbeiführen werde.

Die deutsche Regierung hat außer in Protesten und Aufrufen bis jetzt zu den „Sanktionen" der Entente noch keine Stellung genommen. Der deutsche Außenhändler, für den die Ententebeschlüsse sofort zu wirken beginnen, wartet vergeblich auf Richtlinien für sein zukünftiges Verhalten. Die alliierten Regierungen beabsichtigen, ein Gesetz zu erlassen, wonach Forderungen deutscher Reichsangehöriger aus Warenlieferungen in Zukunft nur noch zur Hälfte in barem Gelde gezahlt werden dürfen. Die andere Hälfte soll von dem Schuldner an seine Regierung gezahlt werden, die dafür Gutscheine ausstellt. Diese Gutscheine sollen den deutschen Gläubigern als Ersatz für die Barzahlung zur Einlösung durch die deutsche Regierung übersandt werden.

Auf diese Zahlungsweise wird sich in Zukunft kein deutscher Exporteur einlassen. Der Käufer wird, wenn er Wert darauf legt, deutsche Waren zu bekommen, Vorauszahlung leisten müssen. Der Ausländer wird volle Vorauszahlung neben der Verpflichtung gegenüber seinem eigenen Staate nicht leisten wollen und können, und so werden neue Geschäfte mit Angehörigen der Entente kaum noch zustande kommen. Inwieweit die Möglichkeit besteht, über das neutrale Ausland an Angehörige der Entente zu liefern, soll hier nicht untersucht werden. Für Verträge, die bereits von beiden Teilen erfüllt sind, kann die neue Rechtslage nur dann von Bedeutung sein, wenn die Entente sich entschließen sollte, die deutschen Guthaben an Warenlieferungen in der Nachkriegszeit zu beschlagnahmen. England und Frankreich werden von diesem ihnen unter gewissen Voraussetzungen nach dem Friedensvertrag zustehenden Recht schwerlich Gebrauch machen, da sie erst vor kurzem darauf verzichtet haben. Auch für die übrigen Staaten erscheint es zweifelhaft.

Es bleibt also nur noch die Frage: Wie wirken die Sanktionen auf laufende Verträge? Es bestehen hier zwei Möglichkeiten:

1. Der Vertrag ist noch von keinem Teil erfüllt; d. h. die Ware ist weder geliefert noch bezahlt.

Hier ist die Rechtslage verhältnismäßig einfach. Es liegt im Wesen des gegenseitigen Vertrages, daß dem einen Teil nur zugemutet werden kann, zu liefern, wenn Aussicht besteht, daß auch der Vertragsgegner seine Verpflichtung einhält. Der Vertragsgegner wird voraussichtlich durch seine Regierung gezwungen werden, die Hälfte des vereinbarten Kaufpreises abzuliefern. Dadurch kann er seiner Verpflichtung auf Zahlung der ganzen Summe in bar nicht nachkommen. Die ihm vertragsmäßig obliegende Verpflichtung zur Zahlung des vereinbarten Kaufpreises in bar wird ihm unmöglich; Unmöglichkeit des einen Teils befreit nach § 323 BGB. bei gegenseitigen Verträgen auch den anderen Teil. Der Verkäufer wird also frei und braucht nicht zu liefern. Er hat ja auch den Vertrag nur unter der Voraussetzung abgeschlossen, daß der Käufer nicht durch den Staat an der Erfüllung seiner Verpflichtung gehindert werde. Fällt diese Voraussetzung fort, dann erlischt auch seine Verpflichtung zur Lieferung.

2. Der Vertrag ist bereits von deutscher Seite erfüllt, d. h. der Exporteur hat bereits geliefert, der Käufer aber noch nicht gezahlt.

In diesem Falle ist die Rechtslage für den deutschen Gläubiger äußerst ungünstig. Es fragt sich zunächst, vor welchem Gericht der deutsche Gläubiger seinen Schuldner zu verklagen hat. Im allgemeinen hat man am Wohnsitz seinen Gerichtsstand. Einen Angehörigen der Entente zurzeit an seinem Wohnsitz mit Erfolg zu belangen, ist unmöglich. Es kann aber sein, daß aus einem besonderen Grunde, z. B. weil es besonders vereinbart worden ist oder der Ausländer im Inlande Vermögen hat, ein deutscher Gerichtsstand begründet ist. Dann fragt es sich weiter, nach welchem Recht dieses Gericht zu entscheiden hat. Im allgemeinen gilt bei Verträgen mit Ausländern das Recht des Erfüllungsortes. Erfüllungsort ist im Zweifelsfall der Wohnsitz des Schuldners. Es wird aber keinen deutschen Richter geben, der das ausländische Recht anwendet, da dieses, indem es einfach die Schuld auf die Hälfte herabsetzt, gegen den Zweck des deutschen Gesetzes verstößt. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß auf Grund besonderer Umstände, z. B. weil ein deutscher Erfüllungsort vereinbart ist, deutsches Recht zu gelten hat. Dann muß der Ausländer verurteilt werden. Mit diesem Urteil kann der Deutsche aber nichts anfangen, da eine Vollstreckungsmöglichkeit nicht gegeben ist.

In allen diesen Fällen richten sich die Augen des Geschädigten auf das Reich und erwarten von diesem Ersatz. Das Reich ist ohne weiteres nicht rechtlich verpflichtet, Ersatz zu leisten. Das Reich kann eventuell von den Alliierten durch Vertrag verpflichtet werden, seine Untertanen zu entschädigen, wie dies bezüglich der Vorkriegsschulden im Friedensvertrag geschehen ist. Das Reich kann dann durch innerstaatliche Gesetzgebung eine Entschädigungspflicht gegenüber seinen Untertanen übernehmen. Ob das Reich dies tun wird, erscheint bei seiner trostlosen Finanzlage fraglich. Im voraus wird sich das Reich jedenfalls nicht bereiterklären, den Schaden zu tragen. Sollte sich das Reich nachträglich zur Ersatzleistung bereiterklären, so wäre dies für die Geschädigten auch nur ein geringer Trost. Die Vorkriegsgläubiger warten bereits seit 1914 auf ihr Geld, ohne Aussicht zu haben, es in absehbarer Zeit zu bekommen. Daraus läßt sich errechnen, wie lange die jetzt Geschädigten selbst wenn der Staat eine Verpflichtung zur Ersatzleistung anerkennen würde, warten müßten, bis sie ihr Geld bekämen. Abwarten ist überhaupt das einzige, was man zurzeit demjenigen sagen kann, der Gefahr läuft, durch das geplante Gesetz einen Schaden zu erleiden.

Aus der Textilindustrie

Baumwolle

Liverpool, 15. März. (Drahtbericht).

Umsatz 3000 Import 10800 Tendenz stetig

	14. 3.	15. 3.
Amer. Fully middl. loco	7.61	7.81
März . .	7.24	7.42
April . .	7.29	7.42
Mai . .	7.41	7.56
Juni . . .	7.43	7.58
Juli . . .	7.53	7.71
August .	7.60	7.73
September	7.65	7.84
Oktober .	7.70	7.89
November	7.74	7.93
Dezember	7.77	7.96
Januar .	7.80	7.99
Februar .	7.83	8.02
Aegyptische März . .	12.40	12.40
Mai . .	12.60	12.50
Juli . .	12.90	12.75
Ober-Aegypt April . .	17.75	17.30
Juni . .	18.25	17.85
Alexandria März .	25.80	24.25
Mai	25.35	24.65

Die Folgen der Rhein-Zollschranke für den M.-Gladbacher Industriebezirk

M.-Gladbach, 14. März. Die Textil-Industrie im M.-Gladbacher Bezirk ist über die Beschlüsse der Londoner Konferenz sehr beunruhigt. Der Schaden, der durch die Errichtung einer Rheinzollgrenze der hiesigen Industrie entstehen würde, wäre für den gesamten Bezirk verhängnisvoll, da fast alle Betriebe auf den Absatz im rechtsrheinischen unbesetzten Gebiet angewiesen sind. Der Versand der hiesigen Erzeugnisse — meistens billige, in ganz Deutschland eingeführte Artikel — nach dem rechtsrheinischen Gebiet wird auf 60—70 v. H. geschätzt. Schon jetzt ist unberechenbarer Schaden dadurch entstanden, daß die rechtsrheinische Kundschaft mit Käufen zurückhält. Wo sollen die annähernd 100 Spinnereien, 200 Webereien und etwa 100 Kleiderfabriken, ebenso die vielen andere Artikel herstellenden Betriebe ihre Waren absetzen, wenn ihnen der größte Teil der deutschen Kundschaft entzogen wird. Die westlichen Länder werden dafür keinen Ersatz bieten da diese zum Teil selbst ähnliche Artikel herstellen. Die Folgen dieser Maßnahmen würden unübersehbar sein, es würde das Ende einer auf langjähriger Erfahrung aufgebauten vielseitigen Textil-Industrie sein. Für die Fabrikanten wie auch für die Arbeiter stehen daher schwere Zeiten bevor, die aber gemeinsam getragen werden müssen in der Voraussetzung, daß bei unserem Gegner schließlich doch die Einsicht die Oberhand gewinnen wird. Denn durch die Erdrosselung einer so ausgedehnten Industrie würden ja auch unsere Gegner sowie die Rohstoffe liefernden Länder in Mitleidenschaft gezogen werden.

Aus der Eisen- u. Metallindustrie

Metallpreise

Hamburg, März (Drahtbericht)

	15.	16.
Kupfer (ca. 900 kein.	930—940	9[illegible]—9
„ per März	945—940	[illegible]—35
„ per April	940—930	9[illegible]—5
„ per Mai	930—920	920—91
Zink (Hüttenroh) prompt	580—575	580—580
Zink per März	580—575	580—580
Zink per April	565—560	570—560
Zink per Mai	555—550	555—545
Zink ungeschmolz.	395—390	390—375
Blei (Org. Hütte, Weichblei dopp. Raff. Lager	490—465	490—470
Blei Or. ab Hütte	475—465	485—470
Blei [Weichblei dopp. raff.]	460—[illegible]	[illegible]0—450
Zinn Banca Straits	43¾—[illegible]	[illegible]¼—40
Zinn deutsch Minim.	—	—
Kupfer greifb. Kath.	17½—16	7—16⅝
Kupfer Raffinade	16—15	[illegible]—15¼
Kupfer Werkbars	18—17	[illegible]—17¼
Quecksilber	78—73	77—74
Antimon	7—6¾	7—6¼
Nickel	—	—
Aluminium	—	—
Elektrolyt	1775	1737

Berlin, März. (Drahtbericht.)

	15.	16.
Raffinade Kupfer	1525	1525
Original-Hütten-weichblei	475—480	475—480
Original-Hütten-Rohzink Prelvert	570—575	575
Remalted Plattzink	360—370	370
Hütten-Aluminium (gekerbte Blöcke)	2725	2725
per Draht	2825	2825
Zinn Blanca Straits	4350—4400	4250—4300
Hüttenzinn	3960	3850
Rein Nickel	4200	4200
Antimon Regulus	675	675
Silber	950—960	946—956

London, März, (Drahtbericht.)

	14. 3.	15. 3.
Kupfer	66¾—66⅞	67⅛—67
Elektrolyt	70—71	70—71
Zinn	159¾—163¾	15[illegible]—160⅛
Zink	26¼—26⅜	26—26⅛
Blei	19—19⅛	19—19⅛
Quecksilber	—	—
Silber	33¼—32⅛	—
Gold	105—102	—

Vom Eisenausfuhrmarkt

er. **Düsseldorf**, 16. März. (Eig. Drahtb.) Infolge der zunehmenden Konkurrenz auf den Auslandsmärkten ist der Exportpreis für B-Produkte nach Holland weiter zurückgegangen. Mitte März kostet Stabeisen und Walzdraht 120 Gulden gegen 130 Gulden Mitte Januar; Grobbleche stehen auf 135 Gulden gegen 160 Gulden, Feinbleche auf 145 bis 150 Gulden gegen 180 Gulden Mitte Januar. Die ausländische Konkurrenz bietet aber Stabeisen augenblicklich schon zu 110—115 Gulden per Tonne in Holland an.

Deutscher Metallmarktbericht vom 6. bis 12. März

mitgeteilt von der Metall- und Rohstoff-Gesellschaft m. b. H., Berlin SO 16.

Die bezahlten Preise der letzten Woche waren unverbindlich wie folgt: Elektrolytkupfer wire bars 1750—1840 M., Raffinadekupfer 99 v. H. 1500—1575 M., Hüttenaluminium 98/99 v. H. 2600—2750 M., Reinnickel 98/99 v. H. 4050—4250 M., Zinn 99 v. H. 3800—4000 M., Lötzinn 30 v. H. 1375—1600 M., Hüttenrohzink 550—590 M., Remelledzink 360—380 M., Hüttenweichblei ca. 460—490 M., Hartblei je nach Qualität 425—500 M., Antimon-Regulus 675—750 M., Quecksilber 7400 bis 8000 Mark.

Edelmetallpreise: Platin 121—124 Mark, Silber 0,94—0,96 Mark.

Altmetallpreise, tiegelrecht verpackt in geschlossenen Quantitäten, bei kleineren Posten entsprechender Abschlag: Altkupfer 1275—1425 M., Altrotguß 1025—1125 M., Altmessing 500—575 M., Messingspäne 475—525 Mark, Altzink 250—280 M., neue Zinkabfälle ca. 330—400 M., Zinklegierung 290—310 M., Altblei 310—360 M., Aluminiumabfälle 1500—1700 M., alles per Kilo.

Gegen die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz

r. **Lüdenscheid**, 15. März. Die Gesamtversammlung der hiesigen Handelskammer beschäftigte sich mit der zurzeit dem Reichstage vorliegenden Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz. Sie kam zu dem Ergebnis, daß die Novelle in manchen wesentlichen Punkten abgeändert werden müsse und beschloß, dem Steuerausschuß des Reichstages unverzüglich eine die geforderten Abänderungen behandelnde Denkschrift einzureichen. Ein Abdruck der Denkschrift soll auch den maßgebenden Behörden, den Schwesterkammern, wirtschaftlichen Verbänden, verschiedenen Abgeordneten usw. mit der Bitte um Unterstützung übermittelt werden.

Export nach Ententeländern nur gegen Vorausbezahlung

r. **Remscheid**, 15. März. Die Bergische Handelskammer verbreitet folgende beachtenswerte Mahnung: Durch die bevorstehenden Maßnahmen der Entente, insbesondere die Einführung der Ausfuhrangaben, stehen den Exporteuren große Verluste bevor; denn an der Einbehaltung eines bestimmten Teiles des Kaufpreises durch die Entente-Staaten ist nicht zu zweifeln, während anderseits die Reichsregierung nicht in der Lage sein wird, die einbehaltenen Beträge den betreffenden Firmen zurückzuvergüten. Es ist daher erforderlich, Sendungen an Angehörige der Entente-Staaten nur noch gegen volle Vorausbezahlung des gesamten Verkaufspreises zu machen.

Aufhebung der Außenhandels-Kontrolle?

Berlin, 16. März. Die jüngsten wirtschaftlichen Maßnahmen der Entente werden in wirtschaftlichen Kreisen im Zusammenhang mit der noch bestehenden Außenhandels-Kontrolle viel erörtert, und man ist der Ansicht, daß sie den Anlaß zu der Aufhebung der Außenhandels-Kontrolle geben würden. Es sei auch nicht unmöglich, daß das Reichswirtschaftsministerium diesem Problem bald näher treten würde.

Angesichts der Möglichkeit, jetzt die Wirtschaft von der hemmenden Ausfuhr-Kontrolle zu befreien, erscheint es ratsam, daß auch die in Frage kommenden wirtschaftlichen Organisationen sich im Interesse der deutschen Volkswirtschaft in dieser Richtung betätigen.

Einfuhr in das Saargebiet

Die Handelskammer für den Wuppertaler Industriebezirk weist wiederholt darauf hin, daß laut Friedensvertrag auf zollfreie Einfuhr in das Saargebiet nur dann gerechnet werden kann, wenn die Sendung von einem Ursprungszeugnis begleitet ist.

Freie Einfuhr von Werkzeugen nach Deutsch-Oesterreich

Nach einer amtlichen Meldung aus Wien ist die Einfuhr von Werkzeugen aller Art, auch Sägen und Sägeblättern, sowie eisernen Federn aller Art (T. 471), auch solchen für Taschenuhren, Spielwerken und dgl. (T. 590, ausgenommen Schreibfedern) nach Deutschösterreich in Zukunft an keine besondere Bewilligung mehr gebunden.

Neuerungen im Postpaketverkehr

Von jetzt an können Postpakete, das sind Pakete bis 5 Kilogramm, nach Niederländisch-Indien auch zur Beförderung über Hamburg mit den zunächst am 19. März und 16. April von Hamburg abgehenden Schiffen der Deutsch-Australischen Dampfschiffs-Gesellschaft angenommen werden. Zugelassen sind gewöhnliche Postpakete, sowie Postpakete mit Wertangabe bis 500 Franken und solche mit Nachnahme bis 3200 M. Ferner werden von den Postanstalten wieder gewöhnliche Postfrachtstücke bis 5 Kilo und solche mit einer Wertangabe bis 10 000 M. nach Guam, Hawai, den Philippinen, Portoriko, Tutuila, den Virginischen Inseln (St. Thomas, St. Jean, St. Croix) und der Kanalzone von Panama zur Beförderung über Bremen oder Hamburg und von da durch Vermittlung von Spediteuren angenommen. Die bulgarische Postverwaltung hat mitgeteilt, daß wegen Regelung des Uebergangsverkehrs an der serbisch-bulgarischen Grenze Postpakete nach Bulgarien bis auf weiteres nicht auf dem Landwege (über Oesterreich und über die Tschecho-Slowakei) befördert werden können. Bis zur Wiederaufnahme des Verkehrs auf dem Landwege werden daher Postpakete nach Bulgarien nur zur Beförderung über die Schweiz und Italien angenommen. Ueber alles weitere erteilen die Postanstalten Auskunft.

Wiedereinrichtung einer deutschen diplomatischen Vertretung in Griechenland

Der als Geschäftsträger mit der Einrichtung und Leitung der diplomatischen Vertretung des Deutschen Reiches in Griechenland beauftragte Konsul z. D. v. Spee ist in Athen eingetroffen.

Unsicherer Postpaketverkehr nach der asiatischen Türkei

Infolge von Störungen im Postverkehr mit der asiatischen Türkei, besonders mit Angora, kann keine Gewähr für die richtige Ueberkunft von Postsendungen dahin übernommen werden.

Wertpaketverkehr nach Spanien

Der Verband Sächsischer Industrieller hatte sich an den Reichspostminister gewandt, um festzustellen, worauf die Nichtannahme von Wertpaketen nach Spanien zurückzuführen ist, da beispielsweise nach Italien derartige Wertpakete angenommen werden. Hierauf ist dem Verband der Bescheid zugegangen, daß im Gegensatz zu der italienischen Postverwaltung die spanische Postverwaltung eine Wertangabe bei dieser Art von Sendungen nicht zuläßt. Auf neuerdings von der Reichspostverwaltung nach dieser Richtung hin unternommene Schritte hat sich die spanische Postverwaltung bereit erklärt, im Postpaketverkehr zwischen Deutschland und Spanien bei den spanischen Eisenbahnverwaltungen, die diesen Verkehr in Spanien vermitteln, dahin zu wirken, daß sie künftig auch Wertangabe zulassen.

Sobald die Mitteilung der spanischen Postverwaltung über den Zeitpunkt der Aufnahme des neuen Dienstes vorliegt, werden wir eine entsprechende Mitteilung veröffentlichen. Im übrigen ist bei Postsachstücken nach Spanien, deren Beförderung nicht durch die spanischen Post- bzw. Eisenbahnverwaltungen, sondern durch das Hamburger Speditionshaus Eilan & Co. vermittelt wird, Wertangabe schon jetzt zugelassen.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Berliner Börse vom 16. März 1921

Anlagepapiere	15. 3.	16. 3.
5% Deutsche Reichsschatzscheine II	99.60	99.75
5% Deutsche Reichsschatzscheine III	99.40	99.40
4½% Deutsche Reichsschatzscheine IV und V	80.20	80.20
4½% Deutsche Reichsschatzscheine VI bis IX	72.00	72.00
4½% Deutsche Reichsschatzscheine 1924.	91.75	91.70
5% Dtsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% Dtsch. Reichsanl.	68.40	68.30
3½% Dtsch. Reichsanl.	66.40	66.30
3% Dtsch. Reichsanl.	67.60	67.90
Dtsch. Spar-Präm.-Anl.	84.00	84.00
4% Preuß. Konsols	68.75	66.75
3½% Preuß. Staffelanl.	58.25	58.20
3½% Preuß. Konsols	56.80	57.10
3% Preuß. Konsols	53.50	53.30
4½% Elberf. Stadtanl.	78.00	79.00
4% Elberfeld. Stadtanl.	—	—
3½% Stadtanl. Elberf.	—	—
Türk. 400 Frks.-Lose	450	417
Eisenbahnaktien		
Aachen-Maastr.-Bahn	—	—
Aachen-Genußscheine	—	—
Elektr. Hochbahn Vrz.	101	101½
Baltimore und Ohio	433½	434
Luxemb. Pr. Hr.	—	—
Schantungbahn	544	546
Schiffahrtaktien		
Argo, Dampfschiffahrt	—	—
Deutsch.-Austral. D	387	410
Hamb.-Amer. Paketf.	186½	188
Hamb.-Südamer. Dsch.	—	393
Hansa Dampfschiffges.	326	321
Norddeutscher Lloyd	179	17.
Ver. Elbeschiffahrt	335	334
Banken.		
Barmer Bankverein	174	172½
Barmer Kreditbank	220¾	220
Berg.-Märkische Ind.	168	168¼
Berl. Handelsgesellsch.	243	242
Berl. Hypoth.-Bank	115	115
Commerz u. Privatb.	214	213¼
Darmstädter Bank	181½	181
Deutsch-Asiat. Bank	412	415
Deutsche Bank	301	300½
Disconto-Komm.	255	253½
Dresdner Bank	217⅞	217
Essener Kreditanstall	195	196
Nationalb. f. Deutschl.	206¾	206
Osnabrücker Bank	—	—
Reichsbank	146⅛	147

Brauereien	15. 3.	16. 3.
Berliner Kindl	392	389
Böhm. Brauhaus Berl.	360	360
Engelhardt, Berlin	—	—
Löwenbräu, Berlin	—	—
Patzenhofer, Berlin	410	405
Aktienbrauer. Dortm.	—	—
Union-Dortmund	487	487
Victoria-Dortmund	—	—
Br. Dietrich, Düsseldorf	441½	440
Höfelbrauerei Düsseld.	295	295
Germania-Br., Dortm.	—	281
Isenbeck-Brauerei	—	—
Löwenbräu, Dortmund	—	—
Reichelbräu	—	292
v. Tuchersche Brauerei	—	—
Wicküler-Küpper-Br.	220	—
Industriepapiere		
Aachener Leder	521½	529
Aachener Spinnerei	514¾	510
Accumulat.-Ges. Hag.	420	420
Adler-Portlandz.	269	265
Adler-Hütten-Glas	448½	440
Adler Fahrradges.	246	240¾
Akt.-Ges. f. Anilinfabr.	425	424
Alexanderwerk	264	260¾
Alfeld Gronau	542	535
Allgem. Elektr.-Ges.	285	279½
Alsen Zement	442	432
Amme, Giesecke & Konegen	371	371
Ammendorf Papier	819¾	780
Anglo-Cont. Guano	383⅞	380¾
Ankerwerke	241	250
Annener Gußstahlw.	—	—
Arenberg Bergbau	1010	1020
dto. neue	980	1000
Augsburg-Nürnberg	359⅞	345¼
Bad. Anilin-Fabrik	529	514
Balcke Maschinenfabr.	519¾	491
Barop, Walzwerk	999¼	1001
Basalt A.-G.	416	416
Bedburger Wolle	553	554½
I. P. Bemberg	485	465
Carl Berg	340	348
Julius Berger	385	386
Bergmann, Elektr.-W.	334½	311
Berlin-Anhalter Masch.	230	256
Berl. Elektr. Werke	244¼	242
Berl. Gubener Hutfabr.	855	830
Berl. Holzkontt.	348	341¼
Berliner Jutespinnerei	—	—
Berliner Maschinenbau Schwtzk.	330	322
Berl.-Neur. Kunstanst.	259¾	257
Berzelius	299	298
Bing, Nürnberger Met.	278	279
Bismarckhütte	642½	631
Bochumer Gußstahl-G	452	444¾
Boeddinghaus Reimann	384¼	360

	15. 3.	16. 3.
Gebr. Böhler & Co.	492	490
Bösperde Walzwerk	399¾	393
Braunkohle Brikett	340	340
Braunschw. Kohle	533	—
Breitenbach Portiands.	230	225
Bremer Linoleum	432	424
Bremer Vulkan	559½	558
Bremer Wollkämmerei	489¾	480
Buderus Eisenwerk	603	583½
Busch. Opt.	399	395
F. W. Busch, Lüdensch.	529	530
Busch, Waggonfabrik	578	565
Butzke & Co., Metall	270	276¾
Capito & Klein	701	672
Chem. Fab. Buckau	429	425
Chem. Griesheim	393	387½
Chem. Fabr. v. Heyden	396	366
Chem. Weiler-ter-Meer	364½	358
Chem. Ind. Geisenkirch.	785	770
Chem. Werke Albert	587¾	589
Concordia Bergbau	408	406
Consolidation Schlake	711	709
Daimler Motoren	240	219
Delmenh. Linoleum	398	396
Dessauer Gas	242	243½
Deutsch-Atl. Tel.	227	205¼
Deutsch-Luxemb. A.-G.	311½	306¼
Deutsch-Niederl. Tel.	232	235½
Deutsch-Südamer. Tel.	208½	221
Deutsch-Überseeelekt.	1020	1010
Deutsche Eisenbahn-Signalwerke	286	280
Deutsche Erdöl A.-G.	1009	1000
Dtsch. Gußstahl-Kugel	276	273½
Deutsche Kaliwerke	348½	349
Deutsche Kunstleder	245	241
Deutsche Schachtbau	620	615
Deutsche Ton- und Steinzeug-Werke	330	323
Dtsch. Waffen u. Mun.	577	560
Deutsche Wollwaren	454	450
Deutscher Eisenhandel	281	285
R. W. Dinnendahl	305	310
Dürener Metallwerke	661	630
Dürkopp-Werke	524	520
Düsseld. Eisenbahnbed	528	530
Düsseld. Eisen u. Draht	—	—
Düsseld. Eisenhütte	450	475
Düsseld. Maschinenb.	357	365
Dynamit Nobel	349	343¼
Eisenb. Verksm.	485	460
Eisengießerei Velbert	465	465
Elberfelder Farbenfab.	438	434
Elektrische Lieferung	210	209
Elektr. Licht u. Kraft	230	222½
Elektr. Untern. Zürich	—	—
Elsbach & Co.	380	371½
Erdmannsd. Spin.	283¼	279½
Eschweiler Bergwerk	315	315
Essener Steinkohlen	390	388
Fahlberg, List & Co.	411	402
Feldmühle	364	360

	15. 3.	16. 3.
Felten & Guilleaume Carlswerk	477½	479
Filter u. Braut. Masch.	398	396
Finkenberg Zement	430	440
Flöther Masch.	395	399
Frankonia	329	321
Fraustädter Zucker	830	860
Friedrichshütte	951	956
Gaggenau Eisenwerk	280	275
Gasmotoren Deutz	232	222½
Gebhard & Co.	340	345
Geisenkirchen. Bergw.	334¾	333
Geisenkirchen. Gußst.	413	405
Georg Marienhütte	339⅛	343½
Gerb. u. Farb. Renner	418	421
Germania Portl.-Zem.	304¾	305
Gerresheimer Glash.	685ex	590
Joh. Girmes & Co.	335	317
Gladbacher Wollind.	—	—
Gebr. Goedhardt	552	549
Th. Goldschmidt	779	799½
Göri. Waggonfab.	403	398
Gothia Waggon	480	440
Grevenbroich Masch.	—	—
Gritzner Maschinen	410	410
Hackethal Draht.	340½	338
Hammersen	386	385
Hann. Maschinen Egest.	520	516
Hannov. Masch.-Wagg.	439½	432¼
Harburg-Wiener Gum.	380	370¼
Harburger Eisen u. Br.	—	850
Harkort Brg. St. Pr.	373½	362
Harkort Brücken	—	286
Harkor' Brück. St. Pr.	340	315
Harpener Bergbau	461	448
Hartmann-Masch.	339¾	330
Hasper Eisen	—	—
C. Heckmann, Duisb.	630	634½
Held u. Francke	458	447½
Hemmoor-Zem.	399	399
Hilger, Verzinkerei	595	590
Hilie Werk	290	283
Hindrichs Auffermann	296	298
Hirsch Kupfer	360	351
Hirschberg. Lederfabr.	338	333
Höchster Farbwerke	410	461
Hösch, Eisen	755	745
Hohenlohe-Werke	290	283
Horch Mot.	310	300½
Hotelbetriebsges.	350	365
Hubertus Braunkohl.	482	492
Humboldt Maschinen	200½	197¾
Hüttenwerke Kayser	387	379
Ilse Bergbau Ges.	550	548
J. A. John	295	294½
Max Jüdel & Co.	373	370
Kahla Porz.	590	590
Kaiser-Keller	255	255
Kaliwerke Aschersleb.	340	337
Kammerichwerk	598	598
Kapier Masch.	338	350
Kasseler Federstahl	550	550

	15. 3.	16. 3.
Kattowitz Bergbau	334¼	320½
Kirchner & Co., Masch.	—	569
Koch Adlernähmasch.	—	588½
Köln-Neuessen	635	630
Köln-Rottweiler	365	360
Kölsch Walzengießerei	695	700
König Wilh.	699	695
" St. Brior	—	—
Königaborn	765	765
Kont. Elektr.-Ges., Nürnberg, V. A.	134½	133½
Gebr. Körting	265	261
Krefelder Stahlwerk	—	—
W. Krefft	351	345
Kronprinz Metall	855	877
Gebr. Krüger & Co.	278	275
Küppersbusch & Söhne	378½	369
Kyffhäuser Hütte	297	307
Lauchhammer	525	519½
Laura-Hütte	370	368
Leipziger Piano-Zimmermann	390	—
Leipziger Werkzeug	425	423
Leonhard Braunk.	—	—
Leopoldshall	639	629
Lindenberg Stahlwerk	505	475
Carl Lindström	290	290
Linke-Hoffm.	440¼	430
L. Loewe & Co.	324	319
C. Lorenz A.-G.	428	424¾
Lothringer Hütten- u. Bergwerk	418	394
Lothringer Cement	490	481¼
Luckau und Steffen	316	305
Lüdenscheider Metall	481	479½
Luther Masch.	383	370¼
Malmedie & Co. Masch.	398½	—
Mannesmann Röhren	570	561
Märk. Portl.-Zement	563½	555
Märk. Westf. Berg.	430	—
Masch.-Baum	425	419
Masch. Buckau	—	—
Mech. Weberei Linden	367½	365
Dr. Paul Mayer	244½	242
Mix & Genest A.-G.	344½	337
Mülheimer B.-Ver.	439	425
Müller Gummi	268	269
Niederlausitzer Kohle	459	436
Nikrit Fabrik	293	290
Norddeutsche Gummi	190	—
Norddeutsche Wollk.	—	435
Oberschlesische Eisenbahn-Bed.	327¾	319
Oberschlesisch. Eisenin	309	305¼
Oberschlesische Koks	520	518½
Oeking Stahlwerk	465	445
Orenstein & Koppel	525	514
Osnabrücker Kupfer	438	425½
Panzer Akt.-Ges.	—	300
Peipers Walzenguß	825	835
Phönix Bergbau	589	569½

	15. 3.	16. 3.
Jul. Pintsch	414	420
Polyphonwerke	308	295
Pongs Spinnerei	337½	337½
Porta, Bremer Zement	349	345
Rauchw. Walter	—	773
Reichelt Metall	862	849½
Reisholz Papier	400	398½
Rhein. Braunkohlen	650	643
Metall V. A.	368	359½
Rheinische Möbelstoff	515	519¾
Rhein. Nassau Bergw.	850	850½
Rhein. Spiegeigias	595	603
Rhein. Stahlwerke	523	523
Rhein.-Westf. Industrie	—	244¾
Rh.-Westf. Zementind.	366	361
Rhein.-Westf. Kalkw.	575	574
Rhein. Sprengstoff	392	297
Rheydt Elektrot.	405	410
Riebeck Montan A.-G.	484	451
J. D. Riedel	462	456
Rockstroh-Werke	344	336
Roddergrube	599¾	595
Romb. Hütten	329	321
Rosenthal Porz.	714	709
Rositzer Braunk.	454¾	445
Rositzer Zuckerraff.	368	360
Rütgerswerke	408	409
Sachsenwerk	365½	323
Sarotti Schokolade	1110	1110
Schering Chem. Fabr.	519	492
Ernst Schieß A.-G.	308	305
Schles. Zellulose	365	365
Schles. Leinen Kramsta	293½	—
Schloßf. vorm. Wilhm Schulte, Velbert	968	968
Hugo Schneider A.-G.	355	345
Schoeller-Eitorf	379½	376¼
Schomburg	620	629
Gebr. Schöndorff	255	263
Schönebeck, Metall	480	485
Herm. Schött, Rheydt	556	551
Schubert & Salzer	445	439
Schuckert & Co.	236½	230¾
Schulte, Dortmund	—	—
Schweimer Eisenwerk	516	519½
Seck, Mühlenbau	264	261
Fr. Seiffert & Co.	442	440
Sieg. Sol. Gußstahl	313	304
Siemens & Halske	293	283½
Sondermann & Stier	—	—
Steaua Romana	860	800
Stettiner Vulkan	336¾	328
Stöhr & Co., Kammg.	520	513½
Stoewer Nähm.	474	461
Stolberg Zink	450	432
Gebr. Stollwerk	140	137
Tecklenborg Schiffsw.	509	509
Telefon Berliner	395	382
Thale Eisen	788	782
Thüris Oelfabr.	755	750
Leonhard Tietz	150	150
Triptis-Vorz.	353	336

	15. 3.	16. 3.
Tuchfabrik Aachen	350	340
Türkische Tabakregie	—	925
Varziner Papier	635	612
Ver. Berl. Frkf. Gummi	287	287
Ver. Chem. Charlottenb.	515	512
Verein. deutsch. Nickelw.	565	546
Ver. Fränk. Schuhfabr.	265	261
Vereinigte Glanzstoff	900	883¼
Ver. Gothaniawerke	310	309
Ver. Lausitzer Glas	—	—
Ver. Portl. Schimisch	354	351
Ver. Smyr. Tepp.-Fbr.	345	335
Ver. Thüringer Metall	500	499½
Vereinigte Stahlwerke Zypen & Wissen	950	—
Victoriawerke	290	299½
C. J. Vogel, Tel.	559½	521
Vogtländ. Masch.-Fbr.	297	290
Vorwärts, Biel. Spin.	272	272
Vorwohler Portland	320½	348½
Wanderer-Werke	649	643
Warsteiner Gruben	429½	419¾
Weser A.-G.	328	313
Wessel-Porzellan	395	395
Westeregeln Kali	515	505
Westfälische Drahtind.	259	—
Westf. Eisenlangendr.	399	388½
Westf. Kupfer-Werke	319⅞	317¼
Weyersberg	358	350
Wicking Portland	384	378¾
Wittener Glas	780	785
Wittener Gußstahl	—	—
Zellstoffverein Dresden	337	323
Zellstoff Waldhof	459½	450¼
Kolonialwerte.		
Deutsch-Ostafrika	212½	214¼
Neu-Guinea	550	540
Otavi-Minen u. Eb.	538	545
Otavi-Genußscheine	498	501
Kurse v. amtlich nicht notierten Werten.		
Russenbank	92½	93⅛
Deutsche Petroleum	695	685
Benz Motor	231	224
Justus Kali	222	225
Ronnenberg	348	342
Stahlwerk Becker	325	316
Deutsch. Masch., Duisb.	345	340
Flender Brückenbau	380	383
Ludw. Ganz	255	252
Glockenstahlwerk	420	425
Halbach Masch.	227	225
Hansa Lloyd	130	131
Kabelwerke Rheydt	480	475
R. Wolff	249	247

Schwankende Kurse

	Schluß v. 15.3.	heutiger Kurs
Berl. Handels-Ges.	243	244—242
Com.- u. Priv.-Bk.	214	213—213¼
Darmstädt. Bank	181½	181½—181
Deutsche Bank	301	301—310½
Disk.-Gesellschaft	255	254—254½
Dresdner Bank	217⅞	217—216
Mitteld. Kred.-Bk.	179¾	180¼
Nationalbank für Deutschland	205¼	205¼—206
Prinz Heinrich	—	—
Argo Dampfschiff	—	—
Hamb.-Amer. Pak.	186½	134—33—38
dto. Südamerik. D	397	392—97—93
HansaDampfschiff	326	323½—25—21—5
Nordd. Lloyd	177½	172-70½-74½-74
Bismarckhütte	638	654
Bochum. Gußstahl	455	449
Buderus Eisenw.	603	590—583½
Dt.-Lux. Bergw.	311½	307—05—03¼
Gelsenk. Bergw.	326	323
Harpener Bergb.	461	451—48—50—49
Hoesch Eisen und Stahl	760	775—70—75
Hohenlohe Werke	290	287—83—86—83
Kattowitz. Bergb.	334¾	329½—320½
Laurahütte	370	371¾
Lothr. Hütten- u. Berg.-Verein	419	405—403¼
Mannesmannröh.	575	561
Oberschles. Eisenbahn-Bed.	330	322½
dto. Eisenind. C.H.	309¾	304½

	Schluß v. 15.3.	heutiger Kurs
Phönix-Bergbau	585	573½
Rhein. Braunkohl. und Briketts	655	642
dto. Stahlw.	523	514—513—523
Rombach. Hütten	389	323—324—321
Thale Eisenhütte	788	788
Anglo-Cont. Guan.	383¾	383½
Elberf. Farbfabr.	438	733—731—734
Th. Goldschmidt	779	770—65½—769½
Höchster Farbw.	410	400½—400—401
Oberschl. Koksw.	520	521—518
D. Uebersee Elekt.	1020	1015
El. Licht- u. Kraft.	231	222
Felten & Guilleaume	477½	477¼—479
Adler-Werke	250	240½
Augsb. Nürnberg. Masch.	358	352¼—345½
Gebr. Böhler & Co.	497	492—490
Daimler Motoren	245	225—215
Dynamit A. Nobel	347	346
Hirsch Kupfer	363	357—352
Köln-Rottweiler	365	361
Rhein. Metallw.	369	354—359½
Zellstoff Waldhof	459½	441—449—450¼
Stettiner Vulkan	336¾	330
Weser Schiffbau	328	321—313
Deutsche Kaliw.	350	350
Westereg. Alkali	515	501—505
Neu-Guinea	550	536—540
Otavi Minen und Eisenbahn	540	543—540
dto. Genußsch.	510	507—503

Amtliche Berliner Devisenkurse

Für drahtliche Auszahlungen	15. März Geld Mk.	15. März Brief Mk.	16. März Geld Mk.	16. März Brief Mk.	Bisheriger Höchstkurs	Friedens-kurs
Holland 100 Gulden	2170.30	2174.70	2160.30	2164.70	4196.00, 27. 1. 20	168.70
Brüssel-Ant. 100 Fl.	457.00	458.00	457.00	458.00	739.25, 14. 2. 20	81.00
Norwegen 100 Kr.	1016.45	1018.55	1006.45	1008.55	1725.25, 17. 2. 20	112.50
Dänemark 100 Kr.	1081.40	1083.60	1070.90	1075.10	1698.50, 27. 1. 20	112.50
Schweden 100 Kr.	1429.55	1432.45	1422.55	1425.45	1998.00, 4. 3. 20	112.00
Finnland 100 finn. M.	162.30	162.70	158.80	159.20	464.50, 4. 3. 20	81.00
Italien 100 Lire	230.75	231.25	232.25	235.75	549.50, 14. 2. 20	81.42
London 1 Pfd. Stlg.	246.37½	246.87½	245.25	245.75	350.65, 4. 3. 20	20.30
New York 1 Dollar	63.05½	63.19½	62.55½	62.69¼	102.90, 7. 1. 20	4.00
Paris 100 Frk.	437.55	433.45	438.55	439.45	709.30, 20. 2. 20	81.00
Schweiz 100 Frk.	—.—	—.—	1072.10	1074.60	1798.00, 27. 1. 20	81.50
Spanien 100 Pes.	—.—	—.—	870.10	871.90	1848.00, 27. 1. 20	80.50
Ostereich 100 Kr.	—.—	—.—	—.—	—.—	40.96, 17. 2. 20	
" abgst. 100 Kr.	14.88	14.52	14.85¼	14.89¾	39.75, 10. 11. 19	
Prag 100 Kr	81.95	82.15	81.90	82.10	100.85, 4. 3. 20	
Budapest 100 Kr.	15.33	15.37	15.33	15.37	—.—	

Von den Börsen

Köln, 16. März. (Eig. Drahtber.)

im Frühverkehr wurden gehandelt

	15. 3.	16. 3.
Engländer	244—246¾	244½—247½
Franzosen	434—442	435—440
Belgier	455—462	455—460
Holländer	2155—2180	2150—2180
Schweiz	1055—1080	1055—1080
Amerikaner	62.25—63.50	63⅛—63½
Rumänen	—	—
Italiener	—	—

† **Düsseldorf**, 15. März (Eig. Drahtber.)

Steinkohlen	Nachfr.	Angeb.
Adler	33750	35500
Alte Haase	11500	1 500
Blankenburg	16500	17100
Caroline	20000	21500
Carolus Magnus	26500	27500
Constantin der Große	210000	225000
Ewald	170300	185000
Fröhl. Morgensonne	—	66500
Gottessegen	20000	21000
Graf Bismarck	163000	173000
Graf Schwerin	88500	90000
Heinrich	26000	28000
Helene & Amalie	125000	—
Johann Deimelsb.	33500	34000
König Ludwig	170000	180000
Langenbrahm	43750	44500
Lothringen	265000	—
ver. Trappe	14700	15000
Braunkohlen		
Bruckdorf-Nietleben	35000	37000

Kaliwerte	Nachfr.	Angeb.
Beienrode	5000	—
Burbach	61500	64000
Carlslund	21000	—
Deutsche Kali	—	—
Glückauf b. Sondersh.	63000	65000
Hansa Silberberg	24500	25000
Kaiseroda	—	62000
Neustaßfurt	66500	68500
Siegfried I	18000	19300
Walbeck	21000	23000
Wilhelmshall	—	37000
Dampfschiffahrt		
für Nieder- und Mittelrhein	440	—
Düsseldorfer Allgem. Transp.-Versicherung	—	425
Feuer-Vers. Rheinland	—	—
Niederrh. Dampfschiff.	—	—
Niederrheinische Güter-Assekuranz	1350	—
Waggonfabr. Uerdingen	353	380

Die Stimmung der Börse war auch heute wieder schwächer. Die Umsätze bewegten sich in sehr engen Grenzen, es zeigte sich nur wenig Kaufinteresse. Schwere Kohlenwerte gaben meist nach, während die mittleren Werte besser behauptet waren. Höher wurden Carolus Magnus und Diergardt gehandelt. Am Braunkohlenmarkt zeigte sich gute Nachfrage für Zuanitsaktien, die höher bezahlt wurden. Im übrigen sind aber auch hier Rückgänge zu verzeichnen. Der Kalikurenmarkt neigte heute zur Schwäche. Dies gilt auch für die in den letzten Tagen bevorzugten Werte des Wilhelm Sauer-Konzerns, die heute ebenfalls rückgängig waren. Kaliaktien waren gut behauptet, teilweise sogar etwas höher

Börsenstimmungsbild

bmz. **Berlin**, 16. März. (Drahtbericht unserer Börsenvertretung.) Die gespannte politischen Situation veranlaßte die Börse zu Zurückhaltung und Abgabeneigung. Die Tendenz war infolgedessen auf allen Marktgebieten schwächer, namentlich in Montanaktien hatten die sogenannten schweren Werte, wie Buderus und Hoesch, unter starken Kursrückgängen bis zu 10 v. H. zu leiden. Lothringer Hütte waren gleichfalls sehr schwach. Mäßige Kurschwächungen erfuhren auch Phönix, Rheinstahl, Mannesmann und Deutsch-Luxemburg. Auch oberschlesische Werte wurden nach ihre vorauf gegangenen Erhöhung realisiert. Am Markt der Schiffahrtswerte zeichneten sich nach anfänglicher Schwäche nur Deutsch-Australier durch Festigkeit aus und gewannen auf das Dementi der Gesellschaft über die schwebenden Fusionsgerüchte 12 v. H. Unter den chemischen Werten gingen Elberfelder Farben um 4 v. H. zurück, Goldschmidt wurden 10 v. H. niedriger angeboten. Am Markte der Elektrowerte wirkten die Auslassungen in der Generalversammlung der AEG. weiter abschwächend, besonders AEG. verloren 10 v. H. Unter den Metall- und Maschinenwerten trat größeres Angebot in Automobilwerten hervor, ferner Rheinmetall, Orenstein und Deutsche Waffen. Sehr matt waren Kaliwerte. Die Kapitalserhöhung von Westeregeln wurde ungünstig aufgenommen. Auch Kolonial- und Valutapapiere zeigten schwächere Haltung, Pomona 3550, Kolonialanteile 6550, Südsee 1725, Sloman 1850. Petroleumwerte konnten sich nach anfänglicher Abschwächung gut erholen, Deutsche Petroleum 695, Deutsche Erdöl 925. Ausländische Eisenbahnwerte waren geschäftslos: Baltimore behauptet, Schantung etwas schwächer. Im späteren Verlauf zeigte die Börse weitere Neigung zur Schwäche. Auch der Einheitsmarkt war nicht einheitlich. Am Geldmarkte waren ausländische Zahlungsmittel wenig verändert: Dollar 62½, Polen 772, Rumänen 83, Holländer 2160, Franzosen 438, Engländer 245¾; tägliches Geld 4¼ v. H.

Berliner Produktenbörse

bmz. **Berlin**, 16. März. (Eig. Drahtb.)

Die aus Nordamerika eingelaufenen Festigkeitsmeldungen blieben hier auf die Haltung von Mais ohne Einfluß. Die Nachfrage nach greifbarem Material war geringer geworden. Rauhfutter, besonders Heu, war reichlich zu unveränderten Preisen angeboten, Hülsenfrüchte fanden nur schwer Absatz, da das Angebot durch weitere Sendungen aus Bayern noch vermehrt worden ist. Ersatzstoffe hatten kleines Geschäft. Saatlupinen und Seradella waren kaum beachtet, ebenso Oelsaaten. Plata-Mais nichtamtlich: März 136, April 126 Mark.

Geld- und Wechselkurse

er. **Düsseldorf**, 16. März. (Eig. Drahtb.)

Obgleich die deutsche Mark langsam rückgängig ist, wiesen die Kurse für ausländische Zahlungsmittel in den letzten Tagen keine größeren Schwankungen auf. Neuyork kabelt die deutsche Mark heute früh mit 1,57 gegen 1,58—1,59 gestern nachmittag. In Westdeutschland notierten heute vormittag: Holland 2160—2175 Frankreich 444—447, Belgien 464 bis 466, England 245½—246½, Schweiz 1065—1075, Neuyork 62⅝—62¾.

ep **Zürich**, 16 März. (Eig. Drahtbericht).

	15. 3.	16. 3.
Holland	202.50—03.25	201.50-202.25
Deutschland	9.30—9.45	9.30—9.40
Wien	1.35—1.45	1.30—1.40
Prag	7.90—7.90	7.85—7.90
Paris	40.50—41.00	40.75—40.90
London	22.96—23.01	22.84—22.88
Italien	21.80—21.75	21.80—21.70
Brüssel	42.50—43.45	42.75—43.00
Budapest	1.40—1.50	1.40—1.50
Neuyork	5.89—5.91	5.84—5.86
Bukarest	8.00—8.20	7.90—8.10
Madrid	81.75—82.50	81.50—82.00

Wien	11 3.	15. 3.
Berlin	1170.00	1097.00
Amsterdam	247.00	236.00
Zürich	121.25	116.25
Kopenhagen	128.25	120.75
Stockholm	51.30	48.30
Christiania	26.50	25.55
London	28.15	27.30
Marknoten	1169.00	1097.00

Prag	12. 3.	15 3.
Berlin	121.75	121.75
Marknote	121.75	121.75
Wien	10.05	10.70

Kopenhagen	14. 3.	15. 3.
Stockholm	131.00	131.85
Christiania	95.00	94.25
Hamburg	9.50	9.25
London	23.65	23.75
Paris	41.50	40.90
Antwerpen	43.50	42.50
Schweiz	96.50	99.25
Amsterdam	200.00	201.00
Helsingfors	15.—	15.00
New York	531.—	566.00

Amsterdam	14. 3.	15 3.
London	11.46	11.36½
Berlin	4.65	4.60
Paris	20.52½	20.10
Schweiz	49.25	49.40
Wien	0.69	0.65
Kopenhagen	50.20	50.10
Stockholm	65.90	65.90
Christiania	47.50	47.25
New York	2.90	290.87
Brüssel	21.45	21.05
Madrid	40.50	40.35
Italien	10.73½	10.70

Stockholm	14. 3.	15. 3.
London	17.30	17.35
Berlin	7.20	7.10
Paris	31.65	31.25
Brüssel	33.50	33.00
Schweiz	75.00	75.15
Amsterdam	153.00	153.